

# Evaluation der Marktforschungsmethodik der INSA-Erhebung zum „Manifest für den Frieden“ - Marktforschungsfallstudie -

Prof. Dr. Uwe Kamenz

Stand: 15.03.2023

unter Mitarbeit von Studierenden im BA Wirtschaft der FH Dortmund

1.	Einleitung.....	2
1.1.	Hinführung zum Thema.....	2
1.2.	Themenabgrenzung.....	2
1.3.	Gang der Untersuchung .....	3
1.4.	Management Summary.....	3
2.	Vorrecherche.....	4
3.	Bestandteile des Marktforschungsprozesses .....	5
3.1.	Informationsbedarf.....	5
3.2.	Erhebung.....	5
3.3.	Analysemethode .....	9
3.4.	Analyseergebnissee .....	10
3.5.	Interpretation.....	14
3.6.	Dokumentation .....	16
3.7.	Entscheidung.....	16
4.	Fazit.....	17
5.	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	18
6.	Anhang.....	19
6.1.	10.02.2023 Manifest für den Frieden (www.change.org).....	19
6.2.	13.02.2023: Friedensbewegt (www.alexander-walisch.de).....	21
6.3.	22.02.2023: Mehrheit für Manifest (www.emma.de) .....	24
6.4.	22.02.2023: Exklusive INSA-Umfrage (www.pleiteticker.de).....	25
6.5.	22.02.2023: 39 Prozent der Deutschen ... (www.de24live.de).....	26
6.6.	23.02.2023: INSA (www.mmnews.de).....	27
6.7.	23.02.2023: Jeder Dritte Deutsche ... (www.freilich-magazin.de).....	28
6.8.	23.02.2023: Mehrheit für ... (www.gewerkschaftliche-linke-berlin.de).....	29
6.9.	23.02.2023: Demo für den Frieden (www.nzz.ch).....	30
6.10.	25.02.2023: Deutsche gespalten ... (www.reitschuster.de).....	31
6.11.	25.02.2023: INSA hat gesprochen (www.alexander-wallach.de).....	35
6.12.	26.02.2023: Weibliche Befragte ... (www.tabularasamagazin.de).....	37
6.13.	27.02.2023: Großteil der Bürger unterstützt ... (www.freiewelt.net.de).....	39
6.14.	INSA Meinungstrend - Flyer.....	40

# 1. Einleitung

## 1.1. Hinführung zum Thema

Die Publizistin Alice Schwarzer und die Politikerin Sarah Wagenknecht haben am 10. Februar unter dem Titel „Manifest für den Frieden“ eine Online-Petition über die Plattform des US-amerikanischen Anbieters CHANGE initiiert, in der sie den Bundeskanzler auffordern, die drei Forderungen „Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“, „Waffenstillstand“ und „Friedensverhandlungen“ zu besorgen. U.a. begründeten sie die Petition damit, dass „die Hälfte der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen diese Forderungen unterstützen“. Am 22. Februar veröffentlichte die Plattform „Pleiteticker“ mit der Überschrift „Exklusive INSA-Umfrage: 39 Prozent der Deutschen unterstützen Wagenknecht-Petition“ die Ergebnisse einer im Auftrag von „Pleiteticker“ (laut EMMA-Artikel) von dem Marktforschungsunternehmen INSA erbrachte repräsentative Befragung der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen zur Petition „Manifest für den Frieden“ (im Folgenden „INSA-Erhebung“ genannt).

Am gleichen Tag veröffentlichte EMMA einen Online-Artikel zu dieser Befragung unter dem Titel „Mehrheit für Manifest“ mit einer Ergebnisgrafik von INSA, die auf der Seite des Auftraggebers (Pleiteticker) fehlt. Am 23.02.2023 folgte unter dem Titel „INSA: 39 Prozent unterstützen Wagenknecht-Petition“ eine weitere Veröffentlichung zu der Studie auf der Website „mmnews.de“, allerdings ohne Quellenangabe und ohne die INSA-Grafik der EMMA-Publikation. Die Website „reitschuster.de“ publizierte am 25.02.2023 als einzige Quelle umfangreiche Daten und Grafiken aus der Studie.

Die Petition hat eine sehr breite Öffentlichkeit erreicht, so dass sich für die politischen Entscheidungsträger die Frage stellt, ob tatsächlich die Hälfte der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen die Forderungen der Petition unterstützen oder nicht. Dazu ist eine kritische Analyse der Marktforschungsmethodik und -ergebnisse der INSA-Erhebung notwendig.

## 1.2. Themenabgrenzung

Die von INSA im Auftrag von „pleitekicker.de“ durchgeführte Erhebung soll anhand des Marktforschungsprozesses von Kamenz (Kamenz 2001b, S. 11) methodisch analysiert werden. Sie dient damit Studierenden als Praxisfallstudie und der politischen Öffentlichkeit als Entscheidungsgrundlage. Marktforschung bedeutet die Informationssuche zur Reduktion der Unsicherheit von Marktentscheidungen. Für diese Entscheidungen eines Unternehmens oder auch eines Politikers ist vor allem die Beurteilung der Qualität der Marktforschungsergebnisse unumgänglich. Und diese Ergebnisse hängen direkt von der Qualität aller im Marktforschungsprozess eingesetzten Instrumente ab. Deshalb ist für die Bewertung der Zustimmung der Bundesbürger und -bürgerinnen zur Petition und der damit verbundene Einfluss auf die Aktivität des Bundeskanzlers die methodische Qualität der INSA-Erhebung ganz besonders wichtig.

### 1.3. Gang der Untersuchung

Entsprechend dem Marktforschungsprozess von Kamenz (Kamenz 2001b, S. 11) folgen die Bewertung der Informationsbedarfs-, Analyse-, Erhebungs- und Interpretationsphase. Ein abschließendes Fazit zur Forschungsfrage schließt diese Fallstudie ab. Alle Unterlagen und Quellen zur INSA-Erhebung werden im Anhang dokumentiert.

### 1.4. Management Summary

Fasst man die Bewertung der INSA-Erhebung zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

	Phase	Note	Mängel
1	Informationsbedarf	3	fehlende Formulierung der Problemfragen
2	Erhebung	4	Fragebogenfrage, Fehlermessung
3	Analyse	2	nur univariat für Problemfragen B
4	Interpretation	5	falsche Interpretationen, fehlende Dokumentation
5	Entscheidung	1	---

Die Basis für jede professionelle Marktforschung stellt die Definition des **Informationsbedarfes** dar. Dieser ist in der INSA-Erhebung nicht formuliert und dokumentiert. Er kann aber mit den Problemfragen A („Zustimmung zur Petition“) und B („Unterschiede nach personenbezogenen Kriterien“) abgeleitet werden.

Die **Erhebungsinstrumente** und die Umsetzung in der „Feldarbeit“ ist der aufwändigste Teil der Marktforschung. In der INSA-Erhebung stellt die fehlerhafte Formulierung der Frage(n) im Fragebogen einen so großen Mangel dar, dass zumindest für die (vermuteten) Problemfragestellungen keine sinnvollen Ergebnisse erzielt werden können. Für die anderen methodischen Erhebungselemente kann eine fehlerfreie Methodik angenommen werden, auch wenn eine vollständige Dokumentation der Erhebungsmethoden (bisher) fehlt.

Für die statistische **Analyse** der Problemfrage A („Zustimmung zur Petition“) ist die genutzte univariate Statistik ausreichend. Für die Problemfrage B („Unterschiede nach personenbezogenen Kriterien“) wäre auch eine bivariate Statistik sinnvoll.

Die vorgenommenen **Interpretationen** (ohne die fehlende von INSA selber) sind fast durchgängig falsch. Statt der mehrfach publizierte „Mehrheit für die Petition“ ergibt sich ganz im Gegenteil nur eine Minderheit von wahrscheinlich unter 20 % der Grundgesamtheit.

Somit ist die INSA-Erhebung als Ganzes als „mangelhafte“ Marktforschung und somit für eine **Entscheidung** als nicht nutzbar zu bewerten.

Sieht man die INSA-Erhebung allerdings nicht als Marktforschung sondern als Kommunikationsinstrument im Marketing an, mit der die vordefinierte Botschaft „Mehrheit ist für die Petition“ kommuniziert werden soll, dann ist die Bewertung allerdings „gut“ bis „sehr gut“.

## 2. Vorrecherche

Für eine Beurteilung von Marktforschungsergebnissen und somit deren Relevanz für darauf aufbauende Entscheidungen sind in der Wissenschaft die genauen Angaben aller genutzten Methodenelemente eine nicht einschränkbare Verpflichtung. Die hier zu untersuchende INSA-Erhebung verzichtet wie so oft bei öffentlichen Thematiken bewusst oder unbewusst auf die Angabe der zentralen Methodenelemente. Deshalb wurden neben den vorhandenen Quellen bei EMMA, pleiteticker.de, CHANGE und INSA weitere Informationen zur nachträglichen „Heilung“ und Ergänzung dieses methodischen Mangels angefordert:

Anfrage pleiteticker.de:

- Konkrete vertragliche Aufgabenstellung mit Vorgaben von pleiteticker.de an INSA,
- Ablauf der Fragenformulierung des Fragebogens zwischen pleiteticker.de und INSA,
- Kosten der Erhebung,
- alle von INSA gelieferten Daten, Dokumente und Berichte.

Anfrage INSA:

- Vorgehensweise der Formulierung der Fragebogenfrage,
- Anzahl Fragen und Themenbereiche bei der (vermuteten) Omnibus-Erhebung,
- Erhebungsmethode (z.B. Telefonbefragung),
- Definition Grundgesamtheit (z.B. Alter ab 18 Jahre),
- Grundgesamtheit: mit Online-Nutzung?
- Grundgesamtheit: mit Textkenntnis der Online-Petition („Manifest für den Frieden“)?
- Auswahlverfahren (Stichprobenziehung): Gewinnung der Adressen?,
- Auswahlverfahren: bei Quotenauswahlverfahren: konkreter Quotenplan (Geschlecht: mit divers?),
- Auswahlverfahren: Berlin zu Ost- oder Westdeutschland? Aufgeteilte Stadtbezirke?
- Erhebungszeitraum.

Anfrage CHANGE:

- Anzahl „Visitors“ (Besucher) auf der CHANGE-Website („Manifest für den Frieden“),
- Verhältnis „Visitors“ zu Petitionsunterzeichnenden bei anderen politischen Online-Petitionen in Deutschland über das CHANGE-Portal,
- Ergebnisse der Petition „Manifest für den Frieden“ nach Postleitzahlenbereichen.

Alle zu dem jeweiligen Stand dieser Fallstudie vorliegenden Antworten wurden in die Analyse und Bewertung einbezogen und im Anhang publiziert. Bisher antworteten nur EMMA und INSA.

## 3. Bestandteile des Marktforschungsprozesses

### 3.1. Informationsbedarf

Ausgangspunkt jeglicher Marktforschung ist die Festlegung des Informationsbedarfes, also der Problemfragen die für die Entscheidung des Entscheidungsträgers (hier also der Bundeskanzler) wichtig sind. Ein Informationsbedarf wird entweder durch Hypothesenbildung in der Wissenschaft oder durch einfache W-Fragen in der Praxis bestimmt. Aufgrund des akut vorhandenen Handlungsbedarfes der Politiker fehlt die Zeit für eine vollständige auf abgeleiteten Hypothesen basierte Erhebung, so dass einfache Fragen abgeleitet werden, die durch die Erhebungs-, Analyse- und Interpretationsphasen beantwortet werden.

Aus den vorhandenen Unterlagen ergibt sich nicht eindeutig der vom Auftraggeber (pleitetic.de) definierte Informationsbedarf, welcher der INSA-Erhebung zugrunde liegt. Aus der publizierten Fragebogenfrage und den Äußerungen in den Medien ergeben sich folgende (vermutete) Problemfragestellungen für die durchgeführte INSA-Erhebung:

- A. Wie viele Bundesbürger und Bundesbürgerinnen stimmen den Forderungen der Petition („Manifest für den Frieden“) zu?
- B. Wie unterscheiden sich die Ergebnisse bezüglich Problemfragestellung A nach folgenden fünf personenbezogenen Kriterien:
  - Geschlecht,
  - Alter,
  - aktuelles Wahlverhalten,
  - Ländervergleich Ost/West,
  - Politische Links-Rechts-Verortung.

Nach Mitteilung von INSA wurde die INSA-Erhebung als Teil der wöchentlichen Omnibus-Befragung „INSA Meinungstrend“ durchgeführt, so dass insgesamt 22 personenbezogene Kriterien für die Analyse zur Verfügung stehen. Da (bisher) nur Ergebnisse zu den oben genannten fünf Kriterien publiziert wurden, wird davon ausgegangen, dass nur diese Auswertung vom Auftraggeber gewünscht wurde.

### 3.2. Erhebung

#### Quellen

Es wurde eine externe, primäre Quelle verwandt. Auch wenn Alice Schwarzer in der Zeitschrift EMMA vom 22. Februar und auch in der Petition vom 10. Februar mehrfach behauptet hat, dass die Hälfte der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen den Inhalten der Petition zustimmen, kann davon ausgegangen werden, dass zum Zeitpunkt der INSA-Erhebung vor dem 22. Februar keine Daten von Sekundärquellen vorgelegen haben, so dass eine neue Erhebung (Primärforschung) außerhalb von pleitetic.de (extern) richtigerweise notwendig war.

Für die Problemfrage A lag und liegt allerdings das Ergebnis der Online-Petition selber vor. Mehr als 730.000 Bundesbürger und Bundesbürgerinnen haben unterzeichnet. Kennt man die

Anzahl der Personen, die die Petition gelesen oder zumindest die Petitions-Website aufgerufen haben, kann man den Anteil der Zustimmung sehr grob berechnen. Somit ist eine Sekundäranalyse dieser Daten eingeschränkt möglich.

Für die Problemfragestellung B kann diese Vorgehensweise über CHANGE aber nur für den „Ländervergleich Ost/West“ einen Beitrag liefern. Auf jeden Fall sind diese Daten zur Verifizierung der Ergebnisse der INSA-Erhebung sekundäranalytisch heranzuziehen.

### **Erhebungsmethode**

Durchgeführt wurde laut Webseite von „reitschuster.de“ und dem INSA-Flyer eine kombinierte Telefon- und Onlinebefragung. Wie sich die Interviews der Stichprobe auf Online- und Telefon-Befragung verteilt haben ist unbekannt. Der genaue Erhebungszeitraum war nach Mitteilung von INSA der 17. bis 20. Februar 2023. Die INSA-Erhebung war Teil einer der von INSA durchgeführten wöchentlichen Mehrthemen-(Omnibus-)Befragung. Ein Omnibus ist eine wiederkehrende repräsentative Befragung, in der verschiedenen Themen von verschiedenen Auftraggebern abgefragt werden. Ein Auftraggeber kann also sehr kurzfristig vor dem Durchführungstermin der Omnibus-Befragung mit einer Frage „aufspringen“. Dieses Verfahren ist sehr schnell und sehr preiswert. Wie viele Fragen zu welchen Themen neben der Frage der INSA-Erhebung der besagte Omnibus enthielt, ist nicht bekannt. Omnibus-Befragungen haben den Nachteil, dass die nacheinander kommenden Fragen aus unterschiedlichen Themenbereichen einen „Bias“, also einen (unerwünschten) Einfluss auf die Beantwortung der Fragen haben können und außerdem die Befragten auch überfordern können.

### **Operationalisierung (Fragebogenformulierung)**

Bei der Erhebungsmethode „Befragung“ stellt der Fragebogen mit jeder einzelnen Frage- und jeder einzelnen Antwortformulierung das Messinstrument dar, um die Problemfragen zu „messen“. Genauso wie wenn man z.B. bei der Frage nach dem Gewicht einer Person das richtige Messinstrument auswählen muss (Personenwaage statt Brief- oder LKW-Waage), kommt es bei der Fragenformulierung auf jedes einzelne Wort an, damit das Messinstrument wirklich exakt misst, was es messen soll.

Angaben über die Fragebogenformulierung, also die Umsetzung der Problemfragen in das Messinstrument Fragebogenfrage liegen für die INSA-Erhebung nicht vor. Laut INSA-Flyer gibt es für den Auftraggeber eine „Unterstützung bei der Fragebogenentwicklung“. Somit dürfte hier „pleitetic.de“ die Verantwortung für die einzige Fragebogenfrage zur Beantwortung der Problemfrage A tragen:

*Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer warnen in ihrem "Manifest für den Frieden" vor Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern zu Verhandlungen mit Russland auf. Wie stehen Sie zu diesem Manifest?*

Die fünf Antwortmöglichkeiten lauteten (laut EMMA u.a.):

*befürworte ich (eher), lehne ich (eher) ab, ist mir egal, weiß nicht, keine Angabe*

Eine Fragebogenfrage sollte nach Kamenz (Kamenz 2001b, S. 124 ff) neutral, einfach, kurz, konkret und eindeutig formuliert sein. Es sollte exakt ohne jegliche Einschränkungen objektiv (ohne subjektive Einflüsse), valide (gültig) und reliabel (zuverlässig auch bei wiederholter Messung) das messen, was gemessen werden soll.

### *Problemfragestellung A: Zustimmung zum Manifest*

Durch die Aufnahme der Personen Wagenknecht und Schwarzer in die Fragenformulierung wird die **Neutralität** eingeschränkt. Es wird Interviewte geben, die die Forderungen der Petition unterstützen, aber gleichzeitig eine oder beide genannten Personen ablehnen.

Die beiden Formulierungen „warnen vor Waffenlieferungen“ und „fordern zu Verhandlungen“ entsprechen nicht den drei konkreten Forderungen der Petition. Zum einen werden dort nicht zwei Forderungen gestellt, sondern drei (auch: Waffenstillstand) und zum anderen wird dort nicht vor Waffenlieferungen „gewarnt“ sondern die viel stärker „gefordert“. Somit ist es nicht **eindeutig**, was konkret in der Fragestellung mit den zwei unterschiedlichen Inhalten abgefragt wird. Die Inhalte des ersten Satzes (Warnung und Forderung) und die Inhalte des zweiten Satzes (3 Forderungen der Petition) sind ungleich. Wenn eine Person zustimmt, bleibt offen, ob diese den ersten beiden Forderungen zustimmt oder den dreien der Petition.

Verschärft wird dieses Problem auch noch dadurch, dass nicht nur einmal zwei und einmal drei Forderungen aufgestellt werden, sondern dass sie inhaltlich unterschiedlich sind. Der Fragebogenformulierung „warnen vor Waffenlieferungen“ steht in der Petition mit „die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“ ein deutlich anderer Inhalt gegenüber. Der Begriff „Eskalation“ würde in der Fragebogenfrage das Gebot der **Einfachheit** nicht erfüllen. Jeder Fragebogen muss sich in den Formulierungen an dem niedrigsten Sprachniveau in der Grundgesamtheit orientieren. Somit sind bei repräsentativen Befragungen von deutschen Bundesbürgern und Bundesbürgerinnen Fremd- und spezifische Fachwörter grundsätzlich ohne helfende Erklärung verboten. Der Begriff der „Eskalation“ hätte also hier in der Fragebogenfrage umschrieben werden müssen.

Die Erläuterung des Begriffs „Eskalation“ hätte aber die Fragenformulierung noch länger gemacht und die Formulierungsregel der **kurzen** Sätze noch weiter belastet.

Es ist somit unklar, auf welche der beiden Inhalte z.B. Interviewte mit (befürworte ich) geantwortet haben, also befürworten. Der erste Satz der Fragebogenfrage macht Sinn, wenn man davon ausgeht, dass die Interviewten das „Manifest“ nicht gelesen haben. Dann müssten aber vollständig die drei Forderungen ohne jegliche Veränderung wiedergegeben werden. Da dies nicht passiert, stellt der erste Satz eine bewusste Veränderung der Problemfragestellung nach der Zustimmung zu dem „Manifest“ dar. Es wird hier also in Wirklichkeit folgende gedachte Problemfragestellung als Fragebogenfrage formuliert:

*Wie viele Bundesbürger und Bundesbürgerinnen stimmen entweder den Forderungen der Petition oder wenigstens dem Wunsch nach „Warnung vor Waffenlieferungen“ und gleichzeitig der „Forderung nach Verhandlungen“ zu?*

Zu einer Fragenbogenfragenformulierung gehört auch die professionelle Formulierung der Antwortmöglichkeiten. Diese müssen jegliche mögliche Antwortalternativen abdecken. Die Anzahl und ggf. Abstufungen der Antworten müssen den Abstraktionsvermögen der Interviewten entsprechen.

Bei den in der INSA-Erhebung vorliegenden (bisher publizierten) Antwortmöglichkeiten der Zustimmung und der Ablehnung wird durch die Einschränkung „eher“ die Möglichkeit

einer „vollen“ Zustimmung oder „vollen“ Ablehnung nicht abdeckt. Folglich ein erheblicher Mangel, denn was soll eine Person antworten, die der Petition voll zustimmt? Für die Person stehen die beiden unzutreffenden Antwortmöglichkeiten „eher zustimmend“, „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ zur Verfügung.

#### *Problemfragestellung B: Unterschiede nach personenbezogenen Kriterien*

Da (bisher) keine Informationen zu den Frage- und Antwortformulierungen der fünf personenbezogenen Kriterien vorliegen (z.B. wie viele Geschlechter abgefragt wurden) kann zu dieser Operationalisierung keine Stellung bezogen werden.

#### **Stichprobegröße**

In der bisherigen Publikation wird von einer Stichprobe von 2.006 (bei EMMA von 2.000) Interviewten und aufgrund der Angaben auf der INSA-Website von einer Quotenstichprobe gesprochen, die die zahlenmäßige Struktur (= Quote) nach den wichtigsten personenbezogenen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Wohnregion) wiedergibt.

Weitere Merkmale wie z.B. Onlinezugang und die Kenntnis der Inhalte der Petition („Manifest“) werden nicht herangezogen. Da es dazu im Fragebogen keine Fragen gab, wurden auch Personen interviewt, die keinen Internetzugang haben und/oder die Petition nicht gelesen haben. Da der Quotierungsplan nicht publiziert wurde, muss davon ausgegangen werden, dass sich in der 0,003 %-Stichprobe (2.006 auf 67,1 Mio. >= 18jährige) anteilig genauso viele Internetnutzer und Petitionsleser befinden wie in der Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung.

Bezüglich der Frage nach der Anzahl der Interviewten ohne Kenntnis der Inhalte der Petition hat CHANGE bisher keine Aussage über die Anzahl der Besucher („Visitors“) der Petitionswebseite publiziert. Es liegt bisher nur die Information vor, dass ca. 750.000 Bundesbürger und Bundesbürgerinnen die Petition unterschrieben haben. Allerdings muss hier angemerkt werden, dass strenggenommen bei den CHANGE-Petitionen nicht individuelle Personen gezählt werden, sondern E-Mail-Accounts. Personen mit mehreren E-Mail-Accounts können mit verschiedenen Namen und Postleitzahlen mehrfach an der Petition teilnehmen. Auf der Website von CHANGE befinden sich keine Angaben darüber, wie man sich gegen sogenannte „E-Mail-Farmen“ schützt. Mit diesen kann man mehrere Tausend E-Mails automatisch für Anmeldungen etc. nutzen.

Die Zahl der Petitionszustimmenden auf die Zahl der Bevölkerung (67,1 Mio. >= 18jährige) zu beziehen ergäbe nur eine Zustimmung von 1,1 %. Genauer müsste die Zahl in Beziehung auf Personen bezogen werden, die die Petition gelesen und zumindest die Website besucht haben („Visitors“). Gehen wir beispielhaft von 20 % Petitionslesenden aus, dann kämen wir auf immerhin 5,6 % Zustimmung.

Geht man von der Behauptung von Frau Schwarzer aus („Talk spezial“, ServusTV, 24.02.2023), dass alle Befragten die Petition gelesen hätten, dann würden 39 % der Grundgesamtheit (= 26,1 Mio. Personen) der Petition zustimmen, aber nur ca. 750.000 hätten sie auch (online) auf CHANGE unterschrieben, somit also nur 2,8 %. Dies erscheint mehr als unglaublich.

Ein geringer Teil dieser Diskrepanz kann sich dadurch erklären, dass von den Personen, die inhaltlich den Forderungen des „Manifestes“ zustimmen, einige nicht auf der gewinnorien-



tierten und deshalb jegliche Daten verkaufenden CHANGE-Plattform eine Petition unterschreiben wollen.

### **Organisation der Durchführung**

Zu der Organisation und Durchführung der INSA-Erhebung liegen keinerlei Erkenntnisse oder Unterlagen vor. Aufgrund der langjährigen geschäftlichen Aktivität von INSA wird hier davon ausgegangen, dass es keine Mängel in der Umsetzung (= „Feldarbeit“) der INSA-Erhebung gab.

### **Messfehler**

Jegliche Erhebungen insbesondere mit der Befragungsmethode unterliegen verschiedenen Fehlerquoten, die berechnet und angegeben werden müssen, damit der Entscheidungsträger bei seiner Bewertung der Ergebnisse für seine Entscheidung deren Qualität mit einbeziehen kann. Die zentralen Fehlertypen einer Erhebungsmethodik sind Objektivität, Validität und Reliabilität. Neben der Plausibilitätsüberprüfung, die in dieser Fallstudie bezüglich aller methodischen Bestandteile vorgenommen wurde, werden in der Marktforschung statistische Methoden eingesetzt, um die Fehlerquoten bezüglich der Kriterien zu berechnen. Dazu wurden in den Quellen zu der INSA-Erhebung keine Angaben gemacht. Aufgrund der Tatsache, dass (wahrscheinlich) nur eine einzige Frage in der Mehrthemenbefragung zu dem politischen Themenfeld „Ukrainekrieg“ gestellt wurde und somit eine statistische Validitäts- und Reliabilitätsberechnung äußerst schwierig ist, wird davon ausgegangen, dass keine entsprechenden Berechnungen dieser Fehlerquoten vorgenommen wurden.

Bezüglich des Stichprobenfehlers wird trotz fehlender Angaben angenommen, dass bei der Stichprobengröße von 2.006 Personen der Stichprobenfehler in dem üblichen Bereich von unter 5 % liegt.

## **3.3. Analysemethode**

Bezüglich der ersten Problemfragestellung A wurde entsprechend der Quellen nur eine univariate Häufigkeitsanalyse für die eine Fragebogenfrage für jede der fünf Antwortmöglichkeiten vorgenommen.

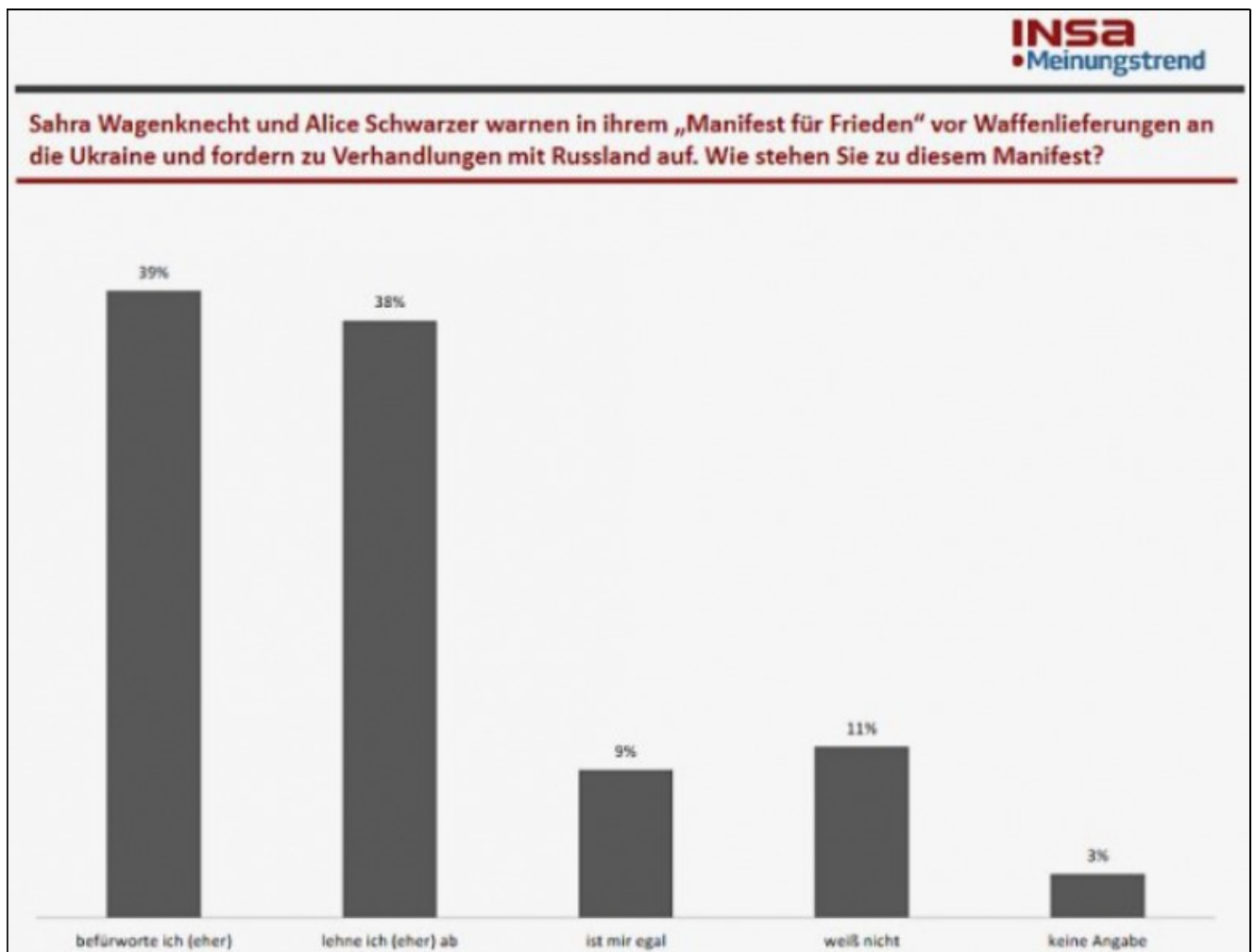
Für die Problemfragestellung B werden entsprechend dem Artikel von „reitschuster.de“ nach Geschlecht, Alter, Zugehörigkeit zu West- oder Ostdeutschland, Links-Rechts-Verortung und Wahlabsicht weitere gefilterte statistische Häufigkeitsanalysen vorgenommen. Eine bivariate Statistik, die die Stärke und die Signifikanz z.B. der Unterschiede nach dem Geschlecht feststellen könnte, wurde nicht durchgeführt.

### 3.4. Analyseergebnisse

Alle Ergebnisse werden neben der textlichen Darstellung in einigen Online-Artikeln auch als Balkendiagramme dargestellt.

#### 3.4.1. Problemfragestellung A: Zustimmung zur Petition

Die Ergebnisse der Fragebogenfrage werden bei „emma.de“ richtig mit Angabe der Originalquelle „INSA Meinungstrend“ dargestellt:

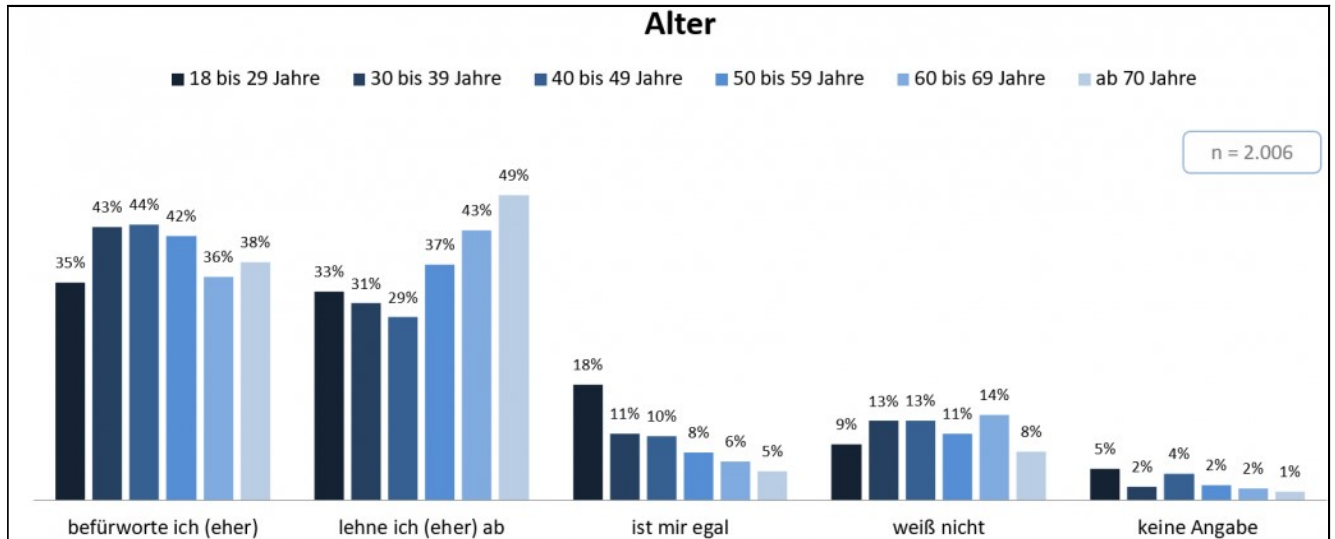


Dieselbe Grafik wird bei „reitschuster.de“ ohne Angabe der Originalquelle genutzt. Alle anderen Artikel stellen die Ergebnisse nur textlich dar: alexander-wallach.de, dnews24.de, emma.de, freiewelt.net, freilich-magazin.com, gewerkschaftliche-linke-berlin.de, mmnews.de, pleiteticker.de, reitschuster.de, tabularasa.de

### 3.4.2. Problemfragestellung B:

Für die Ergebnisse bezüglich der Problemfragestellung B finden sich (nur) bei „reitschuster.de“ Darstellungen, allerdings ohne die Angabe der Originalquelle „INSA“ und ohne die notwendigen Angaben über die absolute oder relative Verteilung der Merkmalsausprägungen der einzelnen Merkmale (z.B. Anzahl „männliche“ und „weibliche“ Befragte beim Merkmal „Geschlecht“):

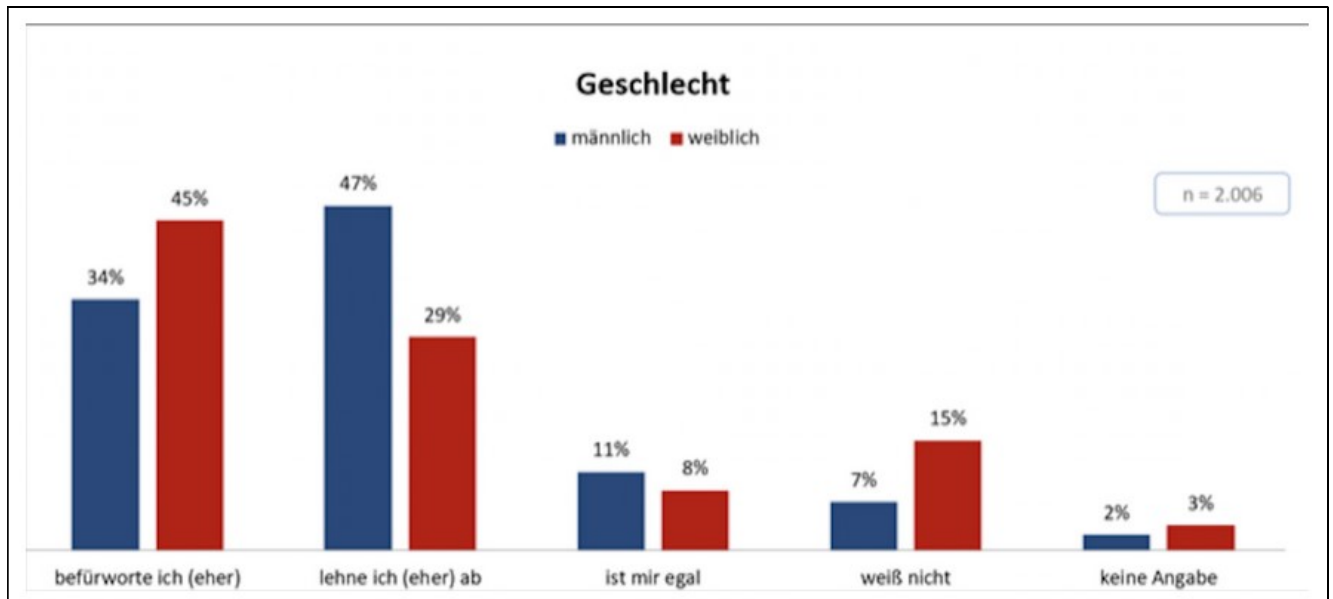
#### Alter(sgruppen):



Textlich stellen die Ergebnisse dar: [dnews24.de](http://dnews24.de), [emma.de](http://emma.de), [freilich-magazin.com](http://freilich-magazin.com), [gewerkschaftliche-linke-berlin.de](http://gewerkschaftliche-linke-berlin.de), [mmnews.de](http://mmnews.de), [pleiteticker.de](http://pleiteticker.de), [reitschuster.de](http://reitschuster.de), [tabularasa.de](http://tabularasa.de). Die Grafik findet sich ohne Angabe der Originalquelle auch bei [dnews24.de](http://dnews24.de).

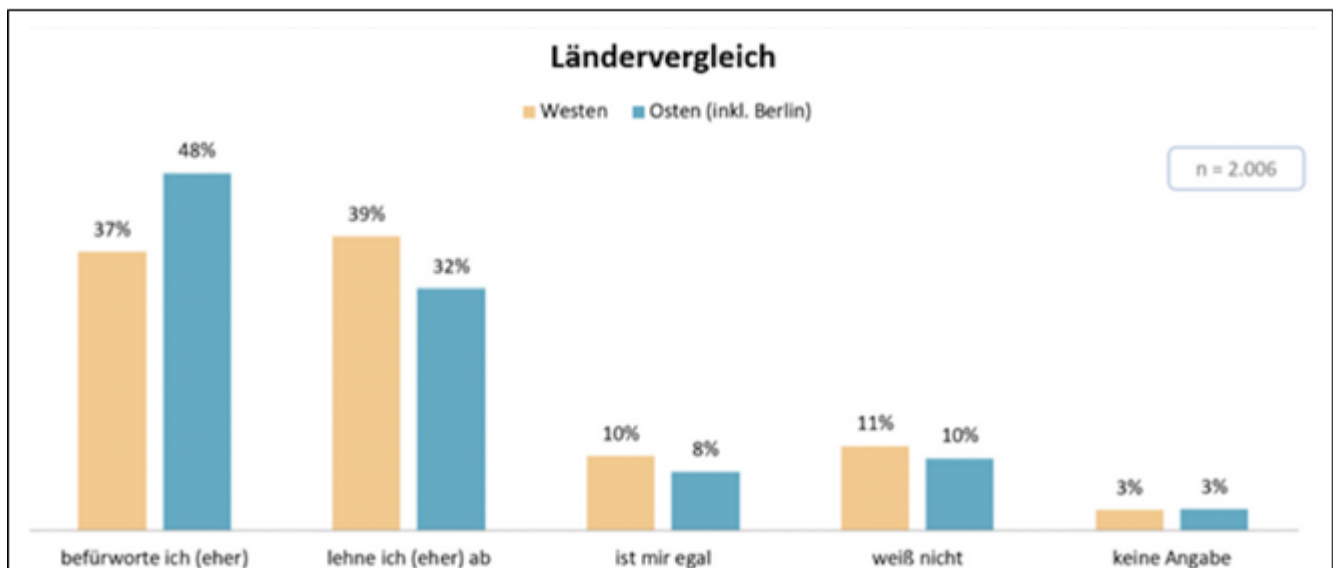
Da wahrscheinlich die Grafik direkt aus der INSA-Erhebung stammt, liegt hier ein Dokumentationsfehler von INSA vor, der auch schon im INSA-Flyer vorliegt. Es wird nicht das Alter (metrisch) erhoben, sondern Altersgruppen (ordinal). Läge das Alter in Jahren vor, dann könnten (und sollten) hier auch Mittelwerte der Zustimmung berechnet werden.

## Geschlecht:



Textlich stellen die Ergebnisse dar: [alexander-wallach.de](http://alexander-wallach.de), [dnews24.de](http://dnews24.de), [emma.de](http://emma.de), [freilich-magazin.com](http://freilich-magazin.com), [gewerkschaftliche-linke-berlin.de](http://gewerkschaftliche-linke-berlin.de), [mmnews.de](http://mmnews.de), [pleiteticker.de](http://pleiteticker.de), [reitschuster.de](http://reitschuster.de), [tabularasa.de](http://tabularasa.de). Die Addition der Prozentzahlen ergibt bei „männlich“ mit 101 % einen Rundungsfehler.

## Ländervergleich Ost/West:



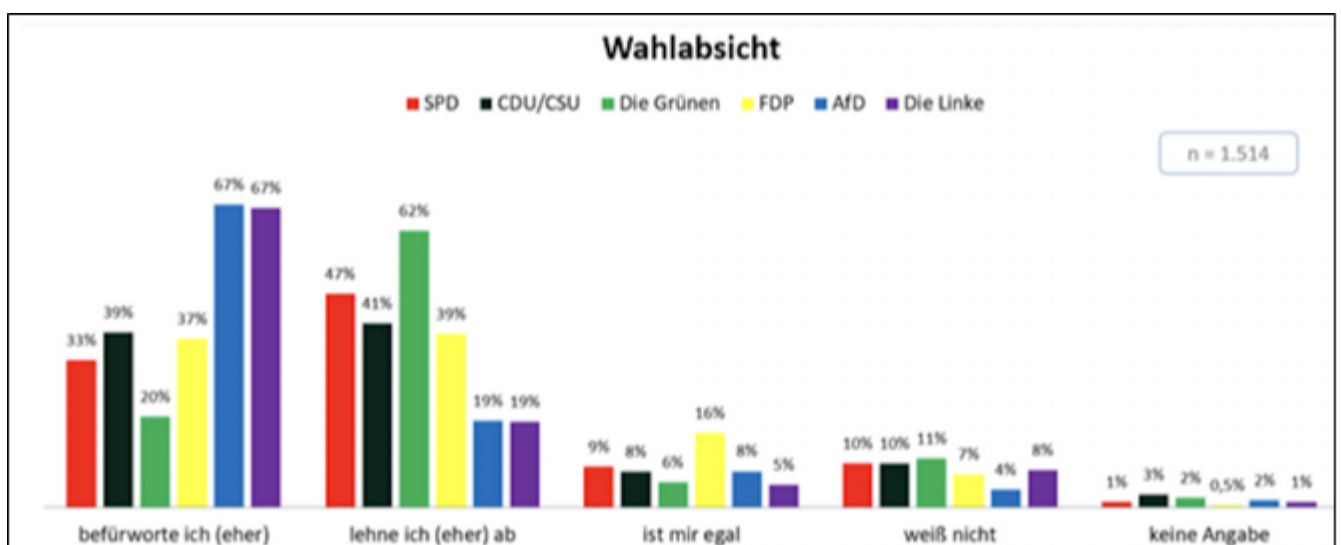
Textlich stellen die Ergebnisse dar: [dnews24.de](http://dnews24.de), [emma.de](http://emma.de), [freilich-magazin.com](http://freilich-magazin.com), [mmnews.de](http://mmnews.de), [pleiteticker.de](http://pleiteticker.de), [reitschuster.de](http://reitschuster.de), [tabularasa.de](http://tabularasa.de)

## Links-Rechts-Verortung:



Textlich stellen die Ergebnisse dar: [alexander-wallasch.de](http://alexander-wallasch.de), [dnews24.de](http://dnews24.de), [emma.de](http://emma.de), [mmnews.de](http://mmnews.de), [pleiteticker.de](http://pleiteticker.de), [reitschuster.de](http://reitschuster.de), [tabularasa.de](http://tabularasa.de)

## Wahlabsicht (Parteipräferenz):



Textlich stellen die Ergebnisse dar: [alexander-wallasch.de](http://alexander-wallasch.de), [dnews24.de](http://dnews24.de), [emma.de](http://emma.de), [gewerkschaftliche-linke-berlin.de](http://gewerkschaftliche-linke-berlin.de), [mmnews.de](http://mmnews.de), [pleiteticker.de](http://pleiteticker.de), [reitschuster.de](http://reitschuster.de), [tabularasa.de](http://tabularasa.de)

### 3.5. Interpretation

Die Interpretationen des Marktforschungsunternehmens INSA sind unbekannt, da diese nur dem Auftraggeber (pleiteticker.de) zugänglich gemacht werden. INSA betont auf seiner Website, dass sie ihren Auftraggebern empfehlen, die Ergebnispublikation von INSA zu veröffentlichen, was pleiteticker.de auch trotz Bitte leider (bisher) nicht gemacht hat.

Bei den zehn Online-Artikeln, die Daten der INSA-Studie publizieren, ergeben sich folgende unterschiedliche Interpretation der Ergebnisse:

#### 3.5.1. Problemfragestellung A: Zustimmung zur Petition

Für die Beantwortung der Problemfragestellung A liegen drei unterschiedliche Interpretationen vor:

- „Mehrheit für Manifest“: alexander-wallasch.de, emma.de, freiwelt.net
- „kein eindeutiges Stimmungsbild“: dnews24.de, reitschuster.de, tabluarasamagazin.de
- „gespaltenes Deutschland“: e24live.de, freilich-magazin.com, mmnews.de, pleiteticker.de

#### „Mehrheit für Manifest“

Da nur 39 % also etwas mehr als ein Drittel der Befragten der Fragebogenfrage zustimmten, ist diese Interpretation völlig falsch. Eine „absolute“ Mehrheit bedeutet größer 50 % der Befragten. Ohne die Angabe „relative Mehrheit“ werden die Leser und Leserinnen von einer absoluten Mehrheit ausgehen.

Auch eine Interpretation, dass bei 39 % Befürwortern und 38 % Ablehnern der Petition sich eine „relative“ Mehrheit der Personen dafür entschieden haben, ist nicht erlaubt. Aufgrund des Stichprobenfehlers (welcher von INSA und in keinem Artikel angegeben wird) sind die Ergebnisse nicht auf 1 % genau. Nimmt man eine vergleichbare Studie (ARD-Deutschland-trend), so wird dort ein Schätzfehler von 2 bis 3 %-Punkten angegeben. Somit könnte das reale Ergebnis der Grundgesamtheit auch lauten: 36 % Befürworter und 41 % Ablehner.

Außerdem wurde wahrscheinlich, so muss man die Website von INSA interpretieren, eine Gewichtung der Rohdaten vorgenommen. Dies ist bei repräsentativen Umfragen wie z.B. der „Sonntagsfrage“ üblich, da aufgrund der geringen Anzahl von Personen z.B. mit dem Merkmal FDP-Wähler eine Hochrechnung für einzelne Kriterien zu falschen Ergebnissen führen würde. Auch gibt es bei bestimmten Parteien einen großen Anteil Personen, die ihre Neigung zu selbiger nicht verraten. Somit muss ein Marktforschungsunternehmen auf der Basis der Erfahrung von vielen Umfragen Gewichtungen der Ergebnisse vornehmen. Dies führt aber immer zu einer zusätzlichen Fehlerquote.

Somit dürfen die vorliegenden Zahlen nur zu der gesicherten Interpretation führen, dass eine Dreiteilung von in etwa gleichen Gruppen (Befürworter, Ablehner und Sonstige) vorliegt.

### **„gespaltene Bevölkerung“**

Geht man davon aus, dass mit „gespalten“ gegenteilige Meinungen gemeint sind, so ist die Bevölkerung fast bei jeder Befragung „gespalten“. Diese Interpretation würde also fast immer stimmen und hätte keine wirkliche Aussagekraft.

Geht man davon aus, dass damit gemeint ist, dass die Bevölkerung Halbe-Halbe unterschiedlicher Meinung ist, so trifft dies hier nicht zu. Nur ein Drittel ist dafür, ein Drittel ist dagegen und ein Drittel ist unklar. Es handelt sich also um eine Dreiteilung und nicht um eine Spaltung der Bevölkerung.

### **„kein eindeutiges Stimmungsbild“**

Diese Interpretation trifft voll zu, da es keine eindeutige Mehrheit dafür und auch keine eindeutige Mehrheit dagegen gibt.

### **Interpretation nach der methodischen Analyse**

Für die Interpretation und somit Beantwortung der Problemfragestellung A ist zentral die Ausprägung der Antwortmöglichkeit „stimme (eher) zu“. Denn nur dieser Wert kann einen Beitrag für eine Entscheidung z.B. des Bundeskanzlers im weiteren Umgang mit dem Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine darstellen.

Die INSA-Erhebung gibt 39 % Zustimmung zur Online-Petition und somit zu den drei Forderungen an. Aufgrund der methodischen Fehler sind von diesem Wert folgende Zahlen abzuziehen:

- Befragte, die keinen Internetanschluss haben (6 %) (Quelle: destatis),
- Befragte, die den Begriff „Eskalation“ nicht exakt verstehen (5 bis 25 %),
- Befragte, die die Petition gar nicht gelesen haben (20 bis 30 %),
- Befragte, die nur einen Teil der Petition zustimmen (20 bis 30 %).

Aufgrund der fehlenden Originaldaten kann dies an dieser Stelle nur grob geschätzt werden.

Somit ergibt sich hier statt der 39 % nur der halbierte Wert von unter 20 % (augenblickliche Schätzung). Also nur ein Fünftel der Befragten und somit eine deutliche Minderheit stimmt den drei Forderungen der Petition „Manifest für den Frieden“ zu.

### **3.5.2. Problemfragestellung B: Unterschiede nach verschiedenen Kriterien**

In allen Online-Artikeln zu den zahlentechnischen Unterschieden nach Geschlecht, Alter etc. werden die Zahlen ohne Hinweise auf die statistische Genauigkeit (Signifikanz) publiziert. Nimmt man die hier dargestellten Fehler bei der Fragebogenfrage hinzu, so sind alle Unterschiede nicht statistisch ausreichend und dürfen für eine Entscheidungsfindung nicht herangezogen werden.

### **3.6. Dokumentation**

Die Dokumentation der INSA-Befragung wurde (bisher) nicht publiziert und uns auch nicht zur Verfügung gestellt, so dass keine Bewertung vorgenommen werden kann.

### **3.7. Entscheidung**

Der Bundeskanzler hat sich in seiner Bundestagsrede am 2. März 2023 („Ein Jahr Zeitenwende“) deutlich gegen die Forderungen der Petition gestellt. Somit steht er nicht im Widerspruch zu den Ergebnissen der INSA-Erhebung.



## 4. Fazit

Die INSA-Erhebung stellt nach wissenschaftlichem Maßstab keine Marktforschung im engen Sinne dar, sondern ein Kommunikationsinstrument (z.B. der Public Relations oder Verkaufsförderung) im Marketing. Es werden aufgrund der methodischen Fehler insbesondere im Design der Erhebung keine wirklichen Realitäten exakt erforscht. Dies ist aber das absolute Muss einer echten Marktforschung. Stattdessen wird für eine vorgegebenen Kommunikationsbotschaft („die Mehrheit der Deutschen ist für die Petition“) das Design der Erhebung so gewählt, dass das Ergebnis der Botschaft im weitesten Sinne entspricht. Neben den methodischen Mängeln der INSA-Erhebung wird dies durch die Umstände unterstützt, dass die Petition selber schon diese eindeutig falsche Aussage („die Mehrheit der Deutschen ist für die Petition“) zeitlich vor der INSA-Erhebung enthält. Und dass EMMA die Studienergebnisse zur Verfügung standen, obwohl diese bisher weder von INSA noch vom – wahrscheinlichen – Auftraggeber „pleiteticker.de“ veröffentlicht wurden spricht ebenfalls für diese Annahme.

Als Erkenntnis für die Marketinglehre ergibt sich, dass der Einsatz einer Befragung als Instrument der Marketingkommunikation ein sehr einfaches und vor allem mit 1.000 € (INSA-Erhebung) sehr kostengünstiges Instrument darstellt, seine Kommunikationsbotschaft „unter die Leute zu bringen“.

## 5. Literatur- und Quellenverzeichnis

alexander-wallasch.de: INSA hat gesprochen: Wenn Wagenknecht heute Berlin für den Frieden rockt, steht die Mehrheit der Deutschen hinter ihr

<https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/insa-hat-gesprochen-wenn-wagenknecht-heute-berlin-fuer-den-frieden-rockt-steht-die-mehrheit-der-deutschen-hinter-ih>

De24live: 39 Prozent der Deutschen unterstützen Wagenknechts Friedens-Petition

<https://www.de24live.de/politik/umfragen/39-prozent-der-deutschen-unterstuetzen-wagenknechts-friedens-petition/546483089>

Destatis: Mehr als Drittel der Weltbevölkerung ist offline, (Abruf: 1.3.2023)

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/wissenschaft-technologie-digitales/Internetnutzung.html>

Fleischhacker, Michael: Talk spezial, 24.02.2023, Servus-TV,

<https://www.servustv.com/aktuelles/v/aa53ybqczbglp0grw82r/>

Fleischhauer, Jan: 9 minuten-Netto, 24.02.2023, Servus-TV,

<https://www.servustv.com/aktuelles/v/aapcqddni36nyhqd9fp/>

freilig-magazin.de: Jeder Dritte Deutsche unterstützt Wagenknecht-Friedenspetition

<https://www.freilich-magazin.com/gesellschaft/jeder-dritte-deutsche-unterstuetzt-wagenknecht-friedenspetition>

Gewerkschaftliche Linke Berlin: Aufstand für Frieden – unter Ausschluss von Rechts, deutsche Mehrheit für Manifest, Aufruf von Gewerkschaftern !

<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/?p=20584>

INSA Meinungstrend: Flyer, o.J.

Kamenz, Uwe (Kamenz 2001a): Marketing Basics, Köln 2001

Kamenz, Uwe (Kamenz 2001b): Marktforschung, 2. Aufl., Stuttgart 2001

mmnes: INSA-Umfrage: Deutschland ist mit Blick auf Ukraine-Krieg gespalten / „Manifest“ von Schwarzer und Wagenknecht punktet bei AfD, Linken, im Osten und bei Frauen.

<https://www.mmnews.de/politik/194697-insa-39-prozent-unterstuetzen-wagenknecht-petition>

pleiteticker.de: Exklusive INSA-Umfrage: 39 Prozent der Deutschen unterstützen

Wagenknecht-Petition, <https://pleiteticker.de/ukraine-krieg-die-gruenen-wollen-mehr-waffen-und-keine-verhandlungen/>

reitschuster.de: Deutsche gespalten über „Manifest für Frieden“

<https://reitschuster.de/post/deutsche-gespalten-ueber-manifest-fuer-frieden/>

Schwarzer, Alice: Mehrheit für Manifest, 22.02.2023, <https://www.emma.de/artikel/mehrheit-fuer-manifest-340157>

Schwarzer, Alice/Wagenknecht, Sarah: Manifest für den Frieden, 10.02.2023,

<https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

## 6. Anhang

Im Anhang werden die Originalquellen aus dem Internet und die übersandten Dokumente und E-Mails dargestellt, damit die Fallstudie für zukünftige Studierenden immer vollständig ist. Alle Werbeeinblendungen und Bilder ohne direkten Bezug zu der INSA-Erhebung werden hier weggelassen.

### 6.1. 10.02.2023 Manifest für den Frieden ([www.change.org](http://www.change.org))

#### Manifest für Frieden

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine (10.2.2023). Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampffjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampffjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zuzuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

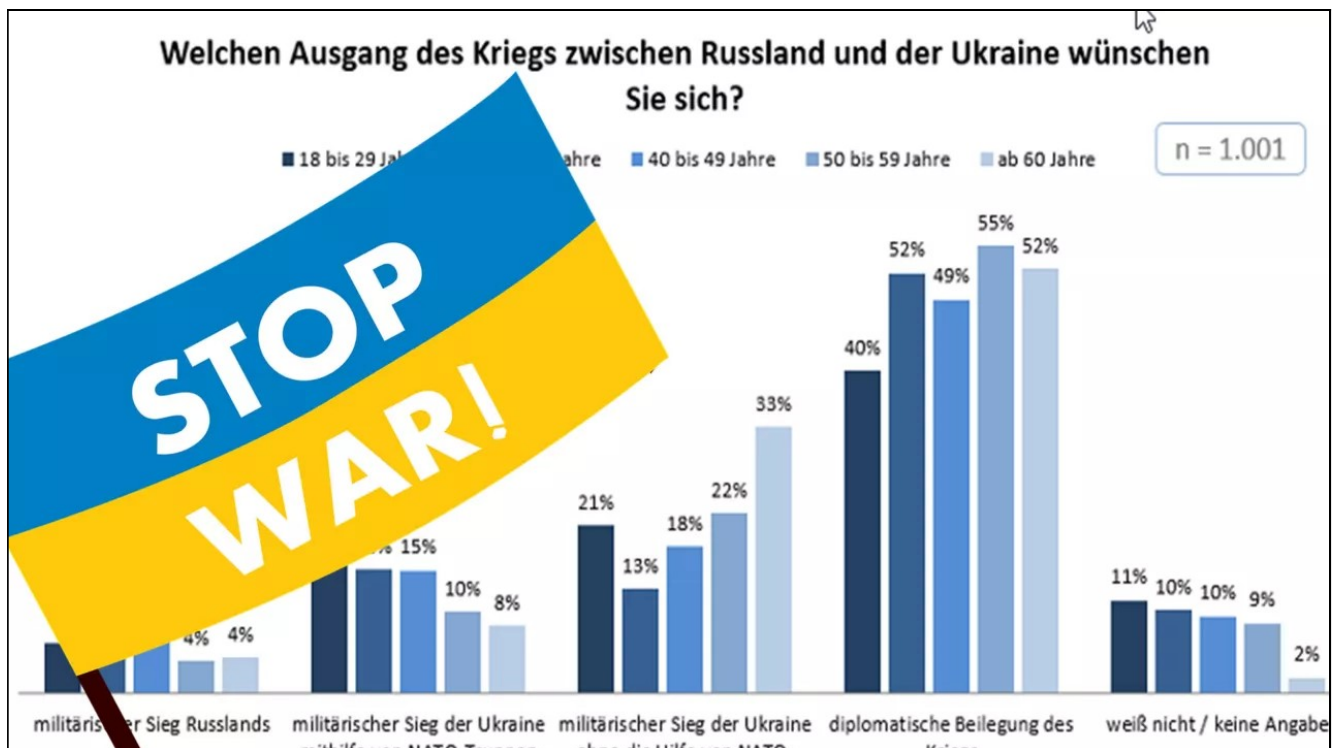
**Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht**

## **DIE 69 ERSTUNTERZEICHNERINNEN**

Dr. Franz Alt Journalist und Bigi Alt • Christian Baron Schriftsteller • Franziska Becker Cartoonistin • Dr. Thilo Bode Foodwatch-Gründer • Prof. Dr. Peter Brandt Historiker • Rainer Braun Internationales Friedensbüro (IPB) • Andrea Breth Regisseurin • Dr. Ulrich Brinkmann Soziologe • Prof. Dr. Christoph Butterwegge Armutsforscher • Dr. Angelika Claußen IPPNW Vize-Präsidentin Europa • Daniela Dahn Publizistin • Rudolf Dressler Ex-Staatssekretär (SPD) • Anna Dünnebier Autorin • Eugen Drewermann Theologe • Petra Erler Geschäftsführerin (SPD) • Valie Export Künstlerin • Bettina Flitner Fotografin und Autorin • Justus Frantz Dirigent und Pianist • Holger Friedrich Verleger Berliner Zeitung • Katharina Fritsch Künstlerin • Prof. Dr. Hajo Funke Politikwissenschaftler • Dr. Peter Gauweiler Rechtsanwalt (CSU) • Jürgen Grässlin Dt. Friedensgesellschaft • Wolfgang Grupp Unternehmer • Prof. Dr. Ulrike Guérot Politikwissenschaftlerin • Gottfried Helnwein Künstler • Hannelore Hippe Schriftstellerin • Henry Hübchen Schauspieler • Wolfgang - Hummel Jurist • Otto Jäckel Vorstand IALANA • Dr. Dirk Jörke Politikwissenschaftler • Dr. Margot Käßmann Theologin • Corinna Kirchhoff Schauspielerin • Uwe Kockisch Schauspieler • Prof. Dr. Matthias Kreck Mathematiker • Oskar Lafontaine Ex-Ministerpräsident • Markus Lüpertz Künstler • Detlef Malchow Kaufmann • Gisela Marx Journalistin • Prof. Dr. Rainer Mausfeld Psychologe • Roland May Regisseur • Maria Mesrian Theologin • Reinhard Mey Musiker und Hella Mey • Prof. Dr. Klaus Moegling - Politikwissenschaftler • Michael Müller Vorsitzender NaturFreunde • Franz Nadler Connection e. V. • Dr. Christof Ostheimer ver.di-Vorsitzender Neumünster • Dr. Tanja Paulitz Soziologin • Romani Rose Vors. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma • Eugen Ruge Schriftsteller • Helke Sander Filmemacherin • Michael von der Schulenburg UN-Diplomat a.D. • Hanna Schygulla Schauspielerin • Martin Sonneborn Journalist (Die Partei) • Jutta Speidel Schauspielerin • Dr. Hans-C. von Sponeck Beigeordneter UN-Generalsekretär a.D. • Prof. Dr. Wolfgang Streeck Soziologe und Politikwissenschaftler • Katharina Thalbach Schauspielerin • Dr. Jürgen Todenhöfer Politiker • Prof. Gerhard Trabert Sozialmediziner • Bernhard Trautvetter Friedensratschlag • Dr. Erich Vad Brigadegeneral a.D. • Günter Verheugen Ex-Vizepräsident EU-Kommission • Dr. Antje Vollmer Theologin (Die Grünen) • Peter Weibel Kunst- und Medientheoretiker • Nathalie Weidenfeld Schriftstellerin • Hans-Eckardt Wenzel Liedermacher • Dr. Theodor Ziegler Religionspädagoge

## 6.2. 13.02.2023: Friedensbewegt ([www.alexander-walisch.de](http://www.alexander-walisch.de))

Friedensbewegt: Laut INSA steht die Mehrheit der Deutschen hinter dem Manifest von Wagenknecht und Schwarzer



Gemessen an der jetzt von INSA abgefragten Mehrheitsmeinung zum Ukrainekrieg, ist hier eine mächtige Klatsche für die Regierungspolitik und die eskalierenden Waffenlieferungen zu erwarten © Quelle: Dnews24 / Pixabay / lilysultana92, Montage Alexander Wallasch

Eine Umfrage von INSA bringt es an den Tag: Quer durch alle Wählerschichten wollen die Deutschen mehrheitlich eine diplomatische Lösung des Ukrainekriegs. Und das gilt auch für die Wähler der Regierungsparteien.

Es ist doch erstaunlich, welche Häme und welche Diffamierungen über Sahra Wagenknecht (Die Linke) und Alice Schwarzer (Herausgeberin EMMA) ausgekübelt wurden, insbesondere aus grünen Kreisen und von den regierungsnahen Medien.

Erstaunlich deshalb, weil dieser Kübel jetzt auch die Mehrheit der Deutschen getroffen hat, die sich laut einer neuen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts INSA zu 53 Prozent für eine diplomatische Lösung im Ukrainekriegs [ausgesprochen haben](#).

Und es sind in Wahrheit noch viel mehr, denn das Narrativ, wer Diplomatie will, sei „Putin-versteher“, wird eine Reihe von Befürwortern davon abgehalten haben, aus ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen.

Die Linie der Bundesregierung wird laut INSA gerade einmal von 21 Prozent der repräsentativ Befragten geteilt, nämlich von jenen, die sich einen militärischen Sieg der Ukraine wünschen. Diese Befragten wünschen sich einen militärischen Sieg der Ukraine ohne Hilfe von NATO-Truppen und zwölf Prozent sogar einen Sieg mit Hilfe von NATO-Truppen.

Der Wunsch, diesen Konflikt diplomatisch zu beenden, findet bei Frauen wie Männern eine Mehrheit. Beide Geschlechter – INSA arbeitet hier ohne die Befragung von „divers“ – wün-

schen sich mehrheitlich eine diplomatische Lösung. Frauen sogar „absolut-mehrheitlich“, während Männer sich laut INSA „mehrheitlich“ entschieden haben (61 zu 45 Prozent).

Zu beobachten ist auch, dass der Wunsch nach einer diplomatischen Lösung tendenziell mit dem Alter der Befragten steigt.

Und nach den jeweils bevorzugten Parteien sortiert, sind alle Befragten mehrheitlich für eine diplomatische Lösung. Bei CDU/CSU, AfD und Linkspartei – sprich den Oppositionsparteien – ist das eine absolut-mehrheitliche Abstimmung.

Und hier die Ausreißer:

Wenn es um die Frage geht, ob die Nato in den Ukrainekrieg eingreifen und die Ukraine zum Sieg führen soll, sind die der FDP zugeneigten Befragten zu 26 Prozent für so ein bedrohliches Szenario, während die Zustimmung der anderen Wählergruppen um die 10 Prozent liegt.

Es gibt noch eine weitere erwähnenswerte Abweichung: 14 Prozent derjenigen Befragten, die sich eher der AfD zuordnen, halten einen Sieg der Russen für die beste Lösung des Konfliktes, bei den anderen Parteien sind es deutlich weniger.

Das Ergebnis dieser Umfrage spricht für sich. Und es spricht auf besondere Weise für das [„Manifest für den Frieden“](#) von Wagenknecht/Schwarzer. Die beiden haben für den 25. Februar 2023 zu einer Demonstration am Brandenburger Tor aufgerufen.

Gemessen an der jetzt von INSA abgefragten Mehrheitsmeinung zum Ukrainekrieg, ist hier eine mächtige Klatsche für die Regierungspolitik und die eskalierenden Waffenlieferungen zu erwarten. Jedenfalls dann, wenn es den regierungsnahen Medien nicht rechtzeitig gelingen sollte, die entsprechenden diffamierenden Narrative wirkmächtig darüber auszusütten.

Einen ersten Spaltungserfolg hat der polit-mediale Komplex allerdings schon für sich verbuchen können: Unerwartete Schützenhilfe gab es hier ausgerechnet von Sahra Wagenknecht selbst, die festlegen will, wer bei ihr mit auf den Zug steigen und sich für den Frieden einsetzen darf.

Leider ebenfalls verstörend: Sahra Wagenknecht sucht sich für solche Ausgrenzungen von AfD-Personal ausgerechnet jene Medien aus, die ihre Aktionen regelmäßig diffamieren, die neuen Medien werden von der Linkspolitikerin nämlich nach wie vor gemieden, wie der Teufel das Weihwasser meidet. Dass über Wagenknechts oppositionellen Aktivismus hier allerdings oft ausführlich berichtet wird, hat Wagenknecht bisher weniger gestört. Aber doch bitte nicht so, dass man denken könnte, sie hege Sympathien.

Wagenknecht also exklusiv gegenüber dem Spiegel:

Dass Tino Chrupalla das Manifest unterschrieben und auch zu der Kundgebung aufgerufen habe, hätte bei all jenen Begeisterung ausgelöst, „die den Krieg in der Ukraine mit Panzern und Kampfjets bis zum letzten Ukrainer fortsetzen möchten. Aber dieser Versuch, unsere Friedensinitiative zu diffamieren, ist leicht durchschaubar. Wir haben mit der Auswahl unserer Erstunterzeichner deutlich gemacht, mit wem wir zusammenarbeiten und von wem wir uns Unterstützung erhoffen – und von wem eben auch nicht.“

Das ist auch in seiner fehlenden Logik auf eine Weise den zigtausenden Toten gegenüber erbärmlich, dass man verzweifeln könnte. Und wie soll das schon anders von Wagenknecht gemeint sein?

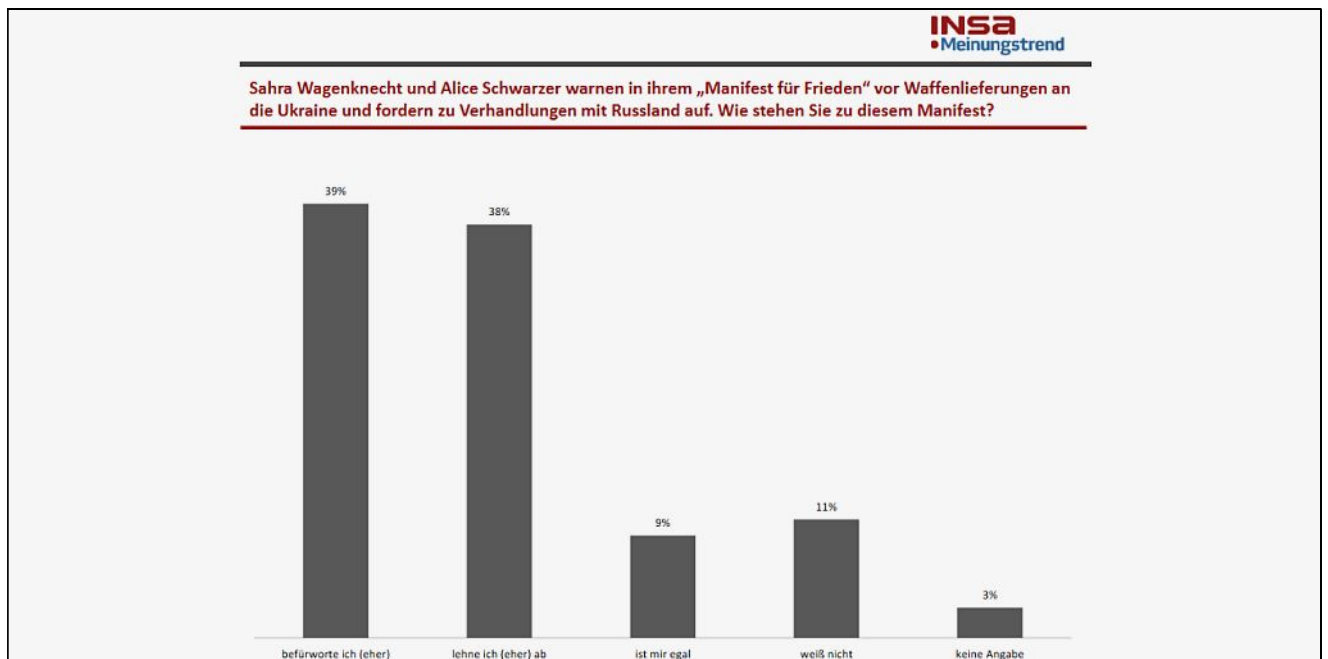
Weil sich die Diffamierungsmedien darüber aufregen könnten, dass Bundestagsabgeordnete der AfD wie Chrupalla und Bystron die Petition unterzeichnet haben, wäre die Friedensinitiative automatisch diffamiert und deshalb müsse man nun Vertreter der AfD diffamieren, wenn sie für den Frieden sind und nicht wie die Grünen noch mehr Waffen liefern sollen?

Das ist leider nicht besonders souverän und es wirkt auf tragische Weise so, als ginge es Wagenknecht zuallerst um Wagenknecht und dann erst um den Frieden in der Ukraine. Das ist dann einfach nur sehr bedauerlich.

### 6.3. 22.02.2023: Mehrheit für Manifest (www.emma.de)

#### Mehrheit für Manifest!

Die Mehrheit der Deutschen ist für das von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierte "[Manifest für Frieden](#)". Das ergibt eine aktuelle Insa-Umfrage. Und sie verrät noch mehr.



Eine aktuelle Insa-Umfrage (Basis 2.000 Personen) ergibt: 39 Prozent der Deutschen sind für das „Manifest für Frieden“, 38 Prozent sind dagegen. Der Rest ist unentschlossen oder uninformiert. Im Osten sind sogar 48 Prozent pro Manifest (im Westen 37 Prozent).

Überraschend: die BefürworterInnen gehen quer durch alle Generationen, die Jungen sind genauso dafür oder dagegen, wie die Alten. Die mittleren Generationen befürworten das Manifest etwas stärker als die jüngeren und die älteren. Allerdings sagen 18 Prozent der Jungen, das Manifest sei ihnen „egal“. Das sind doppelt bzw. dreimal so viel wie in den höheren Altersgruppen.

Sehr aufschlussreich ist die Haltung zum „Manifest für Frieden“ nach Parteipräferenzen. Die stärksten BefürworterInnen des "Manifests für Frieden" sind mit je 67 Prozent WählerInnen der Oppositionsparteien *Die Linke* und *AfD*. Es folgen *CDU/CSU* (39 Prozent), *FDP* (37 Prozent) und *SPD* (33 Prozent). Die stärksten GegnerInnen des Manifestes sind mit 67 Prozent die WählerInnen der Regierungspartei die *Grünen* (nur 20 Prozent sind pro).

Keine Überraschung: Unter den BefürworterInnen des Manifestes sind die Frauen in der Mehrheit: 45 Prozent der Frauen sind dafür (Männer: 34%) - und 47 Prozent der Männer (Frauen: 29%) dagegen.

Die Umfrage wurde in Auftrag gegeben von dem ehemaligen Bild-Redakteur Ralf Schuler, der u.a. die Website [www.pleiteticker.de](http://www.pleiteticker.de) betreibt

*Manifest für Frieden*: [hier unterzeichnen](#)

Alles zur Kundgebung: [Aufstand für Frieden | Großkundgebung am 25. Februar 2023 in Berlin.](#)



## **6.4. 22.02.2023: Exklusive INSA-Umfrage (www.pleiteticker.de)**

### **Exklusive INSA-Umfrage: 39 Prozent der Deutschen unterstützen Wagenknecht-Petition**

Am „Manifest für den Frieden“ von Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht scheiden sich die Geister und zeigen, wie gespalten Deutschland nach einem Jahr Ukraine-Krieg ist.

Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer haben gemeinsam das „Manifest für den Frieden“ verfasst.

Ein Jahr nach dem Beginn des Ukraine-Krieges spaltet der Konflikt die Deutschen. Das geht aus einer repräsentativen INSA-Umfrage (2006 Befragte) für das Interview-Portal „Schuler! Fragen, was ist“ hervor, die sich mit dem „Manifest für den Frieden“ der Feministin Alice Schwarzer und der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht beschäftigt.

Auf die Frage: „Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer warnen in ihrem ‚Manifest für den Frieden‘ vor Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern zu Verhandlungen mit Russland auf. Wie stehen Sie zu diesem Manifest?“ antworteten 39 Prozent, dass sie dem Manifest „zustimmen“ oder „eher zustimmen“. 38 Prozent lehnen den Vorstoß ab oder lehnen ihn „eher ab“ (9 Prozent egal, 11 Prozent „weiß nicht“, 3 Prozent keine Angaben).

#### **Frauen bei Zustimmung in der Mehrheit**

Interessant ist dabei die Geschlechterverteilung. So sind bei den Befürwortern des „Manifests“ die Frauen (45 Prozent) klar in der Mehrheit im Vergleich zu den Männern (34 Prozent). In der Gruppe, die das Schwarzer-Wagenknecht-Papier ablehnen, dominieren die Männer (47 Prozent) gegenüber 29 Prozent Frauen. Auch in der Gruppe „weiß nicht“ liegen die Frauen (15 zu 7 Prozent) deutlich vor den Männern.

Während die Befürworter in allen Altersgruppen relativ gleich verteilt (zwischen 35 Prozent bei den 18- bis 29jährigen und 44 Prozent bei den 40- bis 49jährigen) sind, ist die Ablehnung in den älteren Jahrgängen deutlich höher als in jüngeren. So votiert in der Gruppe der über 70jährigen fast die Hälfte (49 Prozent) gegen das „Manifests“ gefolgt von den 60- bis 69jährigen, bei denen 43 Prozent den Vorstoß ablehnen. Junge Leute (18 bis 29 Jahre) dominieren die Gruppe „ist mir egal“ mit 18 Prozent.

#### **Deutliches Gefälle zwischen Ost und West**

Ein erkennbar gespaltenes Votum gibt es auch zwischen Ost (inkl. Berlin) und West. Im Osten kommen die Befürworter des „Manifests“ auf 48 Prozent (West: 37 Prozent), im Westen liegen die Ablehner (39 Prozent) von gegenüber 32 Prozent im Osten. Während sich die Unterstützer von Schwarzer/Wagenknecht mehrheitlich (48 Prozent) politisch „rechts der Mitte“ selbst verorten, ordnen sich die Gegner vornehmlich (46 Prozent) „links der Mitte“ ein. Interessant ist auch die Parteienpräferenz. Während im Lager der „Manifest“-Befürworter die Anhänger von AfD und Linken (beide 67 Prozent) klar dominieren, stechen im Lager der Ablehner die Grünen (62 Prozent) signifikant hervor. Die Sympathisanten der SPD kommen im Block der „Manifest“-Gegner mit 47 Prozent auf Platz zwei. In der Gruppe „ist mir egal“ sticht die FDP mit 16 Prozent besonders hervor.

## **6.5. 22.02.2023: 39 Prozent der Deutschen ... (www.de24live.de)**

### **39 Prozent der Deutschen unterstützen Wagenknechts Friedens-Petition**

Laut einer exklusiven INSA-Umfrage für das Interview-Portal "Schuler! Fragen, was ist" befürworteten 39 Prozent der Deutschen das von der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht und der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer gestartete "Manifest für Frieden".

Der Umgang mit dem Ukraine-Krieg spaltet Deutschland. In einem gemeinsamen "Manifest für den Frieden" warnen Wagenknecht und Schwarzer vor einer "Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg".

#### **Umfrage**

Auf die Frage "Wie stehen Sie zu diesem Manifest?" antworteten 39 Prozent, dass sie dem Manifest „zustimmen“ oder „eher zustimmen“. 38 Prozent lehnen den Vorstoß ab oder lehnen ihn „eher ab“ (9 Prozent egal, 11 Prozent „weiß nicht“, 3 Prozent keine Angaben). Damit stimmt laut der INSA-Umfrage sogar eine relative Mehrheit der Friedensinitiative zu.

Interessant: Bei den Befürwortern sind Frauen klar in der Mehrheit (45 Prozent), bei den Männern stimmten nur 34 Prozent zu. In Ostdeutschland findet das Manifest mehr Zustimmung als im Westen (48 zu 37 Prozent). Der Großteil der Befürworter verortet sich selbst politisch "rechts der Mitte". Bei den Parteien dominieren Anhänger der Linken und der AfD mit jeweils 67 Prozent Zustimmung. Die Grünen bilden das Schlusslicht.

Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer haben zu einer Demonstration am 25. Februar am Brandenburger Tor aufgerufen.

## 6.6. 23.02.2023: INSA (www.mmnews.de)

### INSA: 39 Prozent unterstützen Wagenknecht-Petition

**INSA-Umfrage: Deutschland ist mit Blick auf Ukraine-Krieg gespalten / „Manifest“ von Schwarzer und Wagenknecht punktet bei AfD, Linken, im Osten und bei Frauen.**

Ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine spaltet der Krieg die Deutschen. Das geht aus einer repräsentativen INSA-Umfrage (2006 Befragte) für das Interview-Portal „Schuler! Fragen, was ist“ hervor, die sich mit dem „Manifest für den Frieden“ der Feministin Alice Schwarzer und der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht beschäftigt.

Auf die Frage: „Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer warnen in ihrem ‚Manifest für den Frieden‘ vor Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern zu Verhandlungen mit Russland auf. Wie stehen Sie zu diesem Manifest?“ antworteten 39 Prozent, dass sie dem Manifest „zustimmen“ oder „eher zustimmen“. 38 Prozent lehnen den Vorstoß ab oder lehnen ihn „eher ab“ (9 Prozent egal, 11 Prozent „weiß nicht“, 3 Prozent keine Angaben).

Interessant ist dabei die Geschlechterverteilung. So sind bei den Befürwortern des „Manifests“ die Frauen (45 Prozent) klar in der Mehrheit im Vergleich zu den Männern (34 Prozent). In der Gruppe, die das Schwarzer-Wagenknecht-Papier ablehnen, dominieren die Männer (47 Prozent) gegenüber 29 Prozent Frauen. Auch in der Gruppe „weiß nicht“ liegen die Frauen (15 zu 7 Prozent) deutlich vor den Männern.

Während die Befürworter in allen Altersgruppen relativ gleich verteilt (zwischen 35 Prozent bei den 18- bis 29jährigen und 44 Prozent bei den 40- bis 49jährigen) sind, ist die Ablehnung in den älteren Jahrgängen deutlich höher als in jüngeren. So votiert in der Gruppe der über 70-Jährigen fast die Hälfte (49 Prozent) gegen das „Manifest“, gefolgt von den 60- bis 69jährigen, bei denen 43 Prozent den Vorstoß ablehnen. Junge Leute (18 bis 29 Jahre) dominieren die Gruppe „ist mir egal“ mit 18 Prozent.

Ein erkennbar gespaltenes Votum gibt es auch zwischen Ost (inkl. Berlin) und West. Im Osten kommen die Befürworter des „Manifests“ auf 48 Prozent (West: 37 Prozent), im Westen liegen die Ablehner (39 Prozent) von gegenüber 32 Prozent im Osten. Während sich die Unterstützer von Schwarzer/Wagenknecht mehrheitlich (48 Prozent) politisch „rechts der Mitte“ selbst verorten, ordnen sich die Gegner vornehmlich (46 Prozent) „links der Mitte“ ein.

Interessant ist auch die Parteienpräferenz. Während im Lager der „Manifest“-Befürworter die Anhänger von AfD und Linken (beide 67 Prozent) klar dominieren, stechen im Lager der Ablehner die Grünen (62 Prozent) signifikant hervor. Die Sympathisanten der SPD kommen im Block der „Manifest“-Gegner mit 47 Prozent auf Platz zwei. In der Gruppe „ist mir egal“ sticht die FDP mit 16 Prozent besonders hervor.

„Schuler! Fragen, was ist“ ist ein neues Interview-Format mit Ralf Schuler. Der Politik-Journalist trifft regelmäßig Spitzenpolitiker zu langen, ausgeruhten Interviews. Die Videos werden bei YouTube veröffentlicht: <https://www.youtube.com/@ralf-schuler>.

## 6.7. 23.02.2023: Jeder Dritte Deutsche ... (www.freilich-magazin.de)

### Jeder Dritte Deutsche unterstützt Wagenknecht-Friedenspetition

Das „Manifest für den Frieden“ der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht sammelt weiterhin Unterstützer.

*Berlin.* - Eine repräsentative Umfrage des *insa*-Meinungsforschungsinstituts ergab große Zustimmung für die Friedensinitiative von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer. Rund 39 Prozent würden dem „Manifest für den Frieden“ eher oder ganz zustimmen. Gleichzeitig lehnt ein ebenso großer Teil der 2.000 Befragten dieses Vorhaben jedoch ganz oder zum Teil ab. Auch ein Jahr nach dem Beginn des Ukraine-Krieges ist die deutsche Bevölkerung in ihrer Haltung zu dem Konflikt noch immer tief gespalten.

### Mehr weibliche Unterstützer

Dabei sind die Bruchlinien besonders zwischen den Geschlechtern und der Dauer der Zugehörigkeit zur Bundesrepublik sichtbar. So überwiegen bei den Unterstützern des „Manifests“ die Frauen (45 Prozent) deutlich gegenüber den Männern (34 Prozent). Die Männer (47 Prozent) überwiegen gegenüber den Frauen (29 Prozent) in der Gruppe der Ablehner des Schwarzer-Wagenknecht-Papiers. Auch in der Gruppe der „weiß nicht“-Antworten sind die Frauen mit 15 zu sieben Prozent deutlich in der Mehrheit gegenüber den Männern. Im Osten liegt der Anteil der Befürworter des „Manifests“ bei 48 Prozent (West: 37 Prozent), während die Ablehnung des „Manifests“ im Westen bei 39 Prozent gegenüber 32 Prozent im Osten liegt.

Deutlich weniger ausgleichend verteilt liegen die Ergebnisse im Bezug auf das Alter der Befragten. Während sich die Befürworter relativ gleichmäßig über alle Altersgruppen verteilen (zwischen 35 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen und 44 Prozent bei den 40- bis 49-Jährigen), ist die Ablehnung bei den Älteren deutlich höher als bei den Jüngeren. So spricht sich in der Gruppe der über 70-Jährigen fast die Hälfte (49 Prozent) gegen das Papier aus, gefolgt von der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen, in der sich 43 Prozent gegen die Initiative aussprechen. Die Jüngeren (18 bis 29 Jahre) dominieren mit einem Anteil von 18 Prozent in der Gruppe „ist mir egal“.

## 6.8. 23.02.2023: Mehrheit für ... ([www.gewerkschaftliche-linke-berlin.de](http://www.gewerkschaftliche-linke-berlin.de))

**Aufstand für Frieden – unter Ausschluss von Rechts, deutsche Mehrheit für Manifest, Aufruf von Gewerkschaftern!**

**Die Stimmung zugunsten der Kriegstreiberei kommt ins Trudeln.**

...

Eine relative Mehrheit von 39 Prozent der Deutschen für Manifest des Friedens, 38 Prozent noch dagegen ! [1]

### **Auch immer mehr Prominenz gegen Eskalation**

Nach einer aktuellen repräsentativen Insa-Umfrage ist eine relative Mehrheit von 39 Prozent der Deutschen für das „Manifest für Frieden“, 38 Prozent sind dagegen. Diese Umfragewerte sind überraschend positiv vor dem Hintergrund der – vorsichtig formuliert – etwas einseitigen Medienberichterstattung, wonach es Frieden nur durch eine Fortsetzung des Krieges und weitere Waffenlieferungen geben kann. Und mehr als Zweidrittel der Mitglieder der Partei die Linke unterstützt das Manifest.

Es scheint, das Manifest – zum Zeitpunkt der Erhebung 12 Tagen in Umlauf – hat dazu beigetragen, dass die ganze Kriegsdebatte massiv aufgebrochen wurde.

Überraschend: die Befürworter gehen quer durch alle Generationen, die Jungen sind genauso dafür oder dagegen, wie die Alten. Die mittleren Generationen befürworten das Manifest etwas stärker als die jüngeren und die älteren. Ach ja, das auch noch: Unter den Befürwortern des Manifestes sind die Frauen in der Mehrheit: 45 Prozent der Frauen sind dafür (bei den Männern sind es bisher „nur“ 34%). Also ran an die alten und jungen „weissen“ Männer!

„Glaubt man dem im Auftrag der ARD erhobenen [«Deutschlandtrend»](#), dann macht sich eine wachsende Zahl von Bundesbürgern grosse oder sehr grosse Sorgen, «dass Deutschland direkt in den Krieg hineingezogen werden könnte». Immerhin 59 Prozent sind dieser Auffassung. 58 Prozent der Befragten gehen die diplomatischen Bemühungen um ein Ende des Krieges nicht weit genug“[2]

Die Initiator\*innen von Manifest für Frieden haben sich gegen die Vereinnahmung von Rechts klar ausgesprochen!

## 6.9. 23.02.2023: Demo für den Frieden ([www.nzz.ch](http://www.nzz.ch))

### **Demo für den Frieden: Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer irren – aber viele ihrer Kritiker vergreifen sich im Ton**

...

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa stimmt immerhin eine relative Mehrheit von 39 Prozent der Deutschen den im Manifest erhobenen Forderungen ganz oder «eher» zu. 38 Prozent widersprechen. Es gibt eine deutsche Putin-Bewunderung und einen deutschen Antiamerikanismus, keine Frage. Allein, beides erklärt nicht die hohen Zustimmungswerte für das Manifest – die Furcht vor Eskalation, im schlimmsten Fall hin zu einem Atomkrieg, und die Absicht, das Sterben und Leiden zu beenden, erklären sie schon eher.

### **Die legitime Sorge, Kriegspartei zu werden**

Glaut man dem im Auftrag der ARD erhobenen [«Deutschlandtrend»](#), dann macht sich eine wachsende Zahl von Bundesbürgern grosse oder sehr grosse Sorgen, «dass Deutschland direkt in den Krieg hineingezogen werden könnte». Immerhin 59 Prozent sind dieser Auffassung. 58 Prozent der Befragten gehen die diplomatischen Bemühungen um ein Ende des Krieges nicht weit genug.

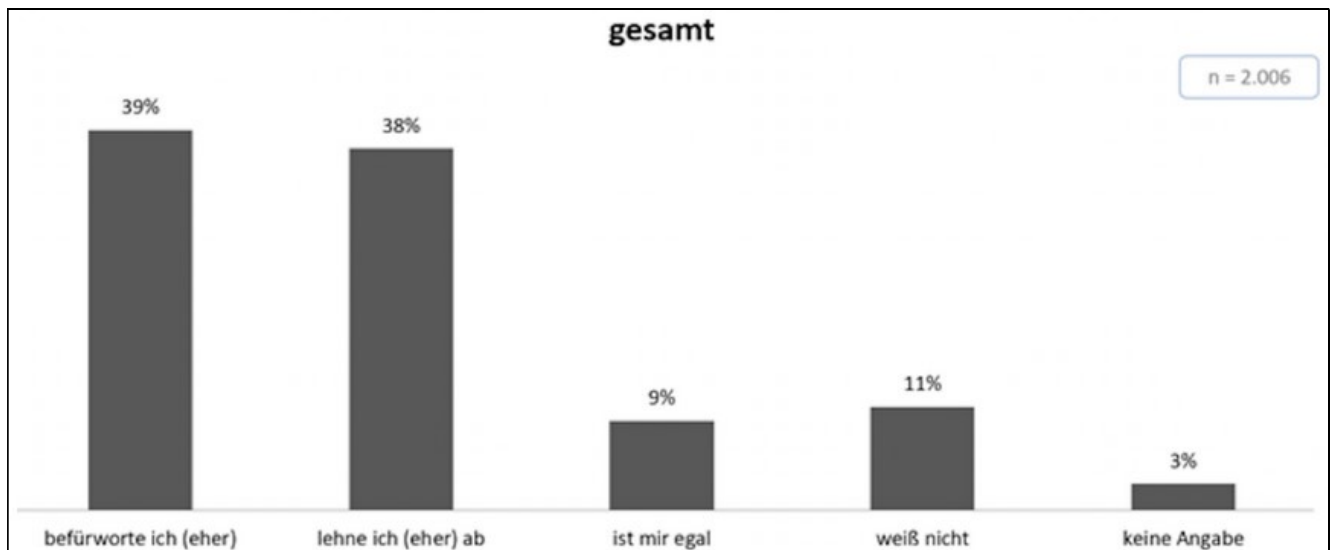
Es sind nicht nur Wähler der AfD oder der Linkspartei, die eine militärische Unterstützung der Ukraine ablehnen. Selbst eine Mehrheit der Wähler der FDP sieht die Lieferung deutscher Kampfpanzer an die Ukraine als Fehler an.

## 6.10. 25.02.2023: Deutsche gespalten ... ([www.reitschuster.de](http://www.reitschuster.de))

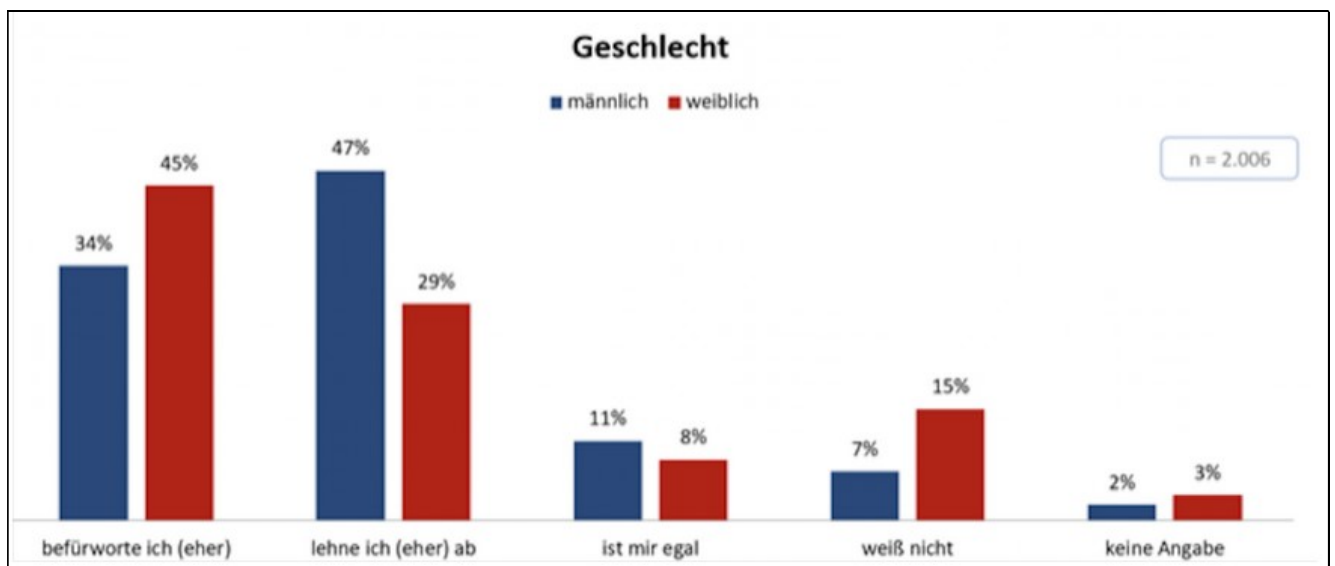
### Deutsche gespalten über „Manifest für Frieden“ Neue Umfrage von „INSA“

„Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer warnen in ihrem ‘Manifest für Frieden’ vor Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern zu Verhandlungen mit Russland auf. Wie stehen Sie zu diesem Manifest?“ Auf diese Frage sollten 2006 repräsentativ ausgewählte Menschen in Deutschland via Telefon und online antworten. Durchgeführt wurde die Umfrage vom Meinungsforschungsinstitut „INSA“. Hier das Ergebnis:

Ergebnis:

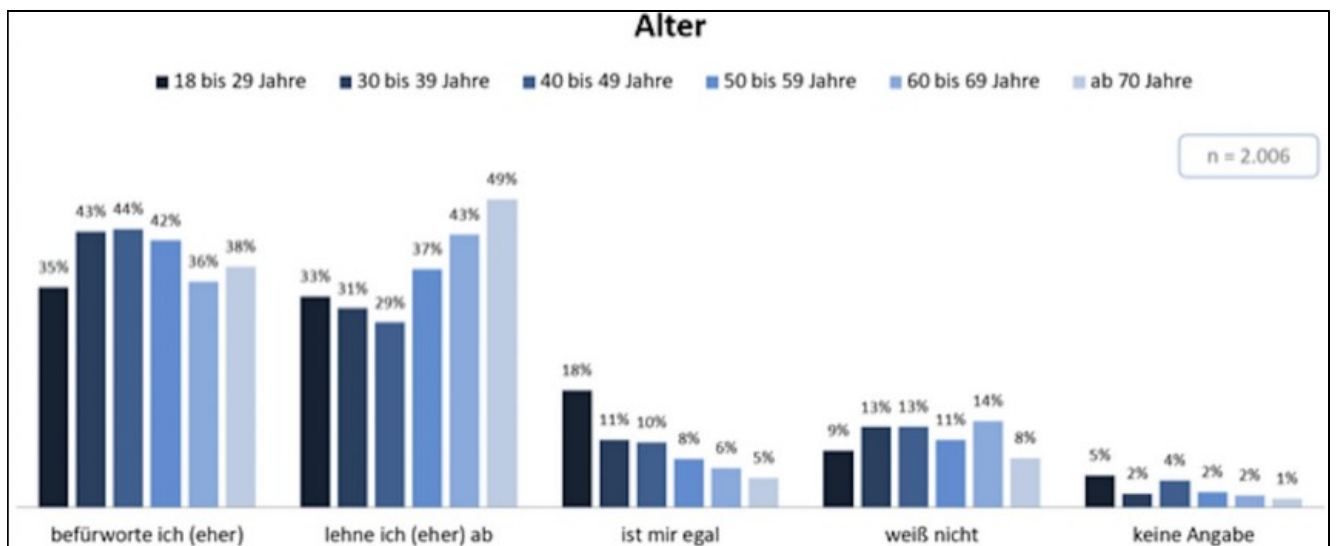


Das Resultat: Unter den Umfrageteilnehmern kann kein eindeutiges Stimmungsbild festgestellt werden: Während 39 Prozent der Befragten dieses Manifest (eher) befürworten, lehnen es 38 Prozent (eher) ab. Neun Prozent ist dieses Manifest egal, elf Prozent können und drei Prozent wollen hierzu keine Einschätzung abgeben.

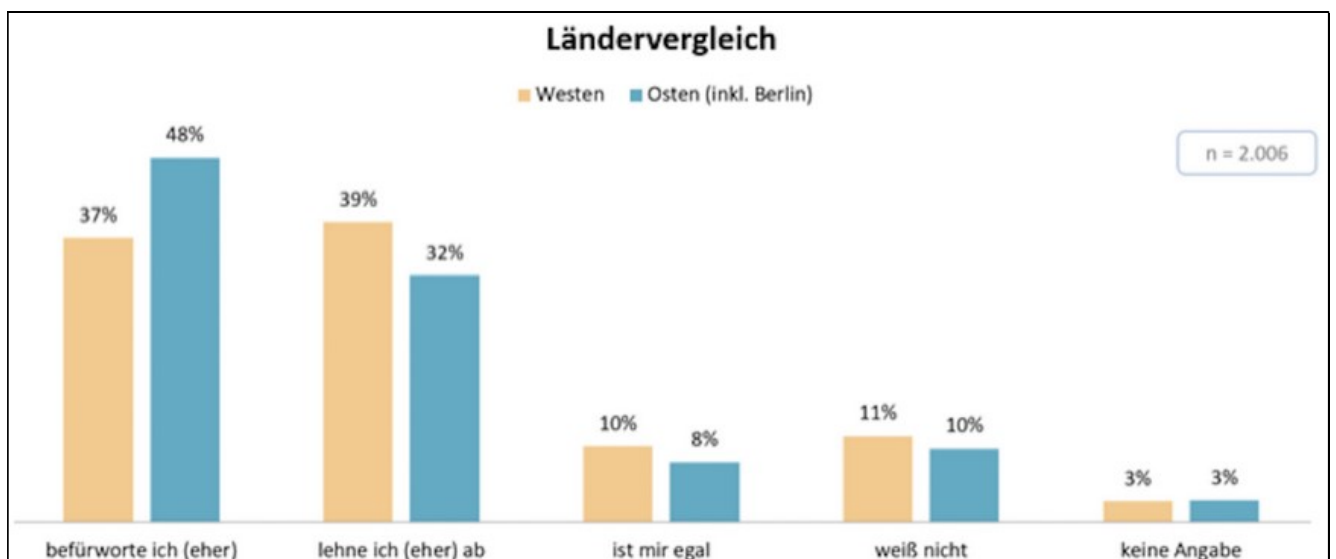


Weibliche Befragte begrüßen relativ-mehrheitlich das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer (45 Prozent), wohingegen Männer relativ-mehrheitlich gegenteiliger Ansicht

sind (47 Prozent). Zudem wissen Frauen hier öfter als Männer keine Antwort und letzteren ist dieses Anliegen etwas häufiger egal (11 zu 8 Prozent).



Umfrageteilnehmer zwischen 30 und 59 Jahren befürworteten das „Manifest für Frieden“ jeweils relativ-mehrheitlich (42 – 44 Prozent), wohingegen ab 60-Jährige dieses hingegen jeweils relativ-mehrheitlich ablehnen (43 bzw. 49 Prozent). Die jüngste Befragtengruppe (18 bis 29 Jahre) ist sich in dieser Hinsicht uneins (35 Prozent befürworteten, 33 Prozent lehnen ab). Zudem sinkt mit steigendem Lebensalter der Anteil an Befragten, deren dieses Anliegen gleichgültig ist (von 18 auf 5 Prozent).

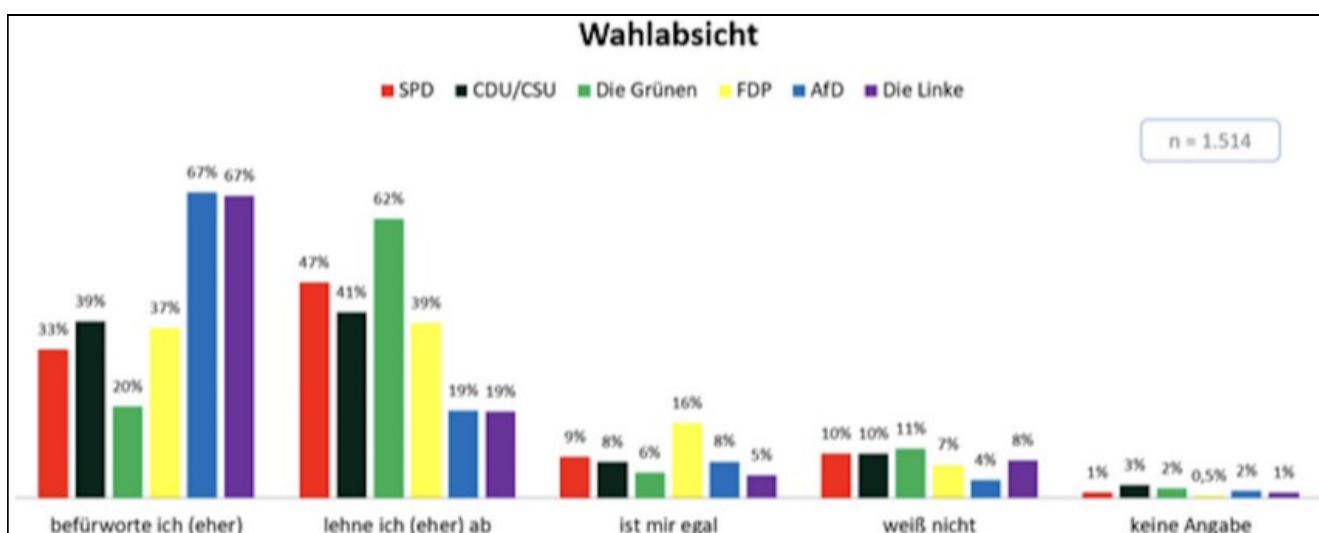


Umfrageteilnehmer, die im Westen Deutschlands leben, sind in ihrer Bewertung des „Manifests für Frieden“ gespalten: 39 Prozent sind diesbezüglich negativ und 37 Prozent positiv eingestellt. Befragte aus dem Osten finden dieses hingegen relativ-mehrheitlich (eher) gut (48 Prozent).





Von den Befragten, die sich in der politischen Mitte und rechts davon positionieren, wird das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer jeweils relativ-mehrheitlich (eher) begrüßt (41 bzw. 48 Prozent), wohingegen Umfrageteilnehmer links der Mitte dieses relativ-mehrheitlich (eher) ablehnen (46 Prozent).



Wähler der AfD sowie der Linke (je 67 Prozent) befürworteten das „Manifest für Frieden“ jeweils absolut-mehrheitlich, während Wähler der SPD (47 Prozent) dieses relativ-mehrheitlich und Wähler der Grünen (62 Prozent) sogar absolut-mehrheitlich ablehnen. Bei Wählern der Union (41 Prozent lehnen ab, 39 Prozent befürworten), sowie der FDP (39 Prozent lehnen ab, 37 Prozent befürworten) kann hinsichtlich der Bewertung dieses Manifestes kein klares Stimmungsbild ermittelt werden.

Ich lasse diese Zahlen hier explizit unkommentiert stehen.

Meine Meinung zu dem Konflikt habe ich gerade zum Jahrestag wieder deutlich gemacht ([nachzulesen hier](#)).

Für meine Seite gebe ich immer wieder auch exklusive INSA-Umfragen in Auftrag. Sie leisten, was Regierung, RKI und große Medien längst hätten tun müssen. Sie sind einzig und allein durch Ihre Unterstützung, liebe Leserinnen und Leser, möglich. Machen Sie mit, helfen Sie, dass auch weiter solche Umfragen möglich sind! Gegen die Meinungs-Monokultur und

das betreute Informieren in den großen Medien. Und um wichtige Daten zu ermitteln, die uns die Regierung vorenthält! Aktuell ist (wieder) eine Unterstützung via Kreditkarte, Apple Pay etc. möglich – trotz der Paypal-Sperre: [über diesen Link](#). Alternativ via Banküberweisung, IBAN: DE30 6805 1207 0000 3701 71. Diejenigen, die selbst wenig haben, bitte ich ausdrücklich darum, das Wenige zu behalten. Umso mehr freut mich Unterstützung von allen, denen sie nicht weh tut.

## 6.11. 25.02.2023: INSA hat gesprochen ([www.alexander-wallasch.de](http://www.alexander-wallasch.de))

**INSA hat gesprochen: Wenn Wagenknecht heute Berlin für den Frieden rockt, steht die Mehrheit der Deutschen hinter ihr**



Die Meinungsforscher von „Insa“ sehen eine Mehrheit für Friedensverhandlungen. Die Deutschen haben etwas aus ihrer Geschichte gelernt. Und da schreckt es die Menschen nicht ab, dass die neue Friedensbewegung eine konservative ist, die aus der ganz linken Ecke kommt.

Mehr Zuspruch kann man sich ja kaum wünschen. Wenn Sahra Wagenknecht heute am frühen Mittag auf der Berliner Straße des 17. Juni mit ihren Mitstreitern antritt, alle diplomatischen Hebel zu bewegen für sofortige Friedensgespräche, um dieses Gemetzel endlich zu beenden, dann hat ihr das Meinungsinstitut „Insa“ die Vesperdose gepackt mit einer Mehrheit für ihr Vorhaben.

Hier muss man bedenken, dass Sahra Wagenknecht einer Partei angehört, die es gerade so in den deutschen Bundestag geschafft hat, der kaum mehr als fünf Prozent der Wähler zugeneigt sind. „Insa“ hat jetzt ermittelt, dass eine Mehrheit der Deutschen das Friedensmanifest von Wagenknecht und Schwarzer befürworten.

Frauen sind hier noch häufiger für Friedensverhandlungen – diese sind Kern des Friedensmanifests – als Männer. Das erstaunt, denn es sind Männer auf beiden Seiten, die elend in ihren kalten Schützengräben kauern von Granaten, abgeworfen von Drohnen, zerfetzt werden. Es gibt auf Telegram mittlerweile unzählige Filme, die vornehmlich russische Soldaten zeigen, die zu martialischer deutscher Rammstein-Musik noch ein paar letzte Bewegungen machen, bevor sie ausgeblutet sind, wenn sie nicht sofort tot sind. Wenn heute um 14 Uhr die große Friedensdemo durch die Hauptstadt zieht – alexander-

wallasch.de ist mit einem Team vor Ort –, dann hat diese von einer Linken und einer feministischen Publizistin organisierte Demonstration die Mehrheit der Deutschen hinter sich. Diesen Komfort hat eine Oppositionsbewegung in Deutschland schon lange nicht mehr für sich verbuchen können.

Und bedenkt man dazu, dass die regierungsnahen privaten und öffentlichen ehemals „Qualitätsmedien“ genannten Publikationen und Online-Portale alles dafür getan haben, den Kriegskurs der Bundesregierung zu verteidigen, müsste die tatsächliche Zustimmung für Wagenknecht und Co noch viel größer sein.

Diese „Insa“-Umfrage zeigt keine Spaltung der deutschen Gesellschaft, sondern gemessen am hohen Zuspruch für eine Vertreterin einer Kleinpartei, eine erstaunlich breit aufgestellte Mehrheitsbewegung für Friedensverhandlungen. Denn darum geht es ja.

Wer hier behauptet, es könne anhand der „Insa“-Umfrage kein klares Stimmungsbild abgegeben werden, der ist mit demokratischen Prozessen sehr wenig vertraut, der ist hier deutlich eher ein Putin-Versteher im Sinne antidemokratischer Gepflogenheiten, als man es von Seiten der Regierungsmedien den neuen Friedensbewegten immer wieder unterstellen will.

Die „Insa“-Ergebnisse sind knapp aber eindeutig: 39 Prozent befürworten das Manifest, 38 Prozent tun das nicht, der Rest hat keine Meinung. Bei den Frauen sind es noch viel mehr: Hier sind es 45 Prozent, die für das Friedensmanifest sind gegen nur noch 29 Prozent, welche die Initiative der Linkspolitikerin ablehnen. Der Rest enthält sich.

Erstaunlich ist auch, dass sich 89 Prozent der Befragten, die sich eher der Mitte oder den Konservativen zuordnen würden, dem Manifest zustimmen. Damit ist 2023 klar: Die Friedensbewegung ist keine linke oder grüne Bewegung mehr. Erstaunlich hier beispielsweise der Zuspruch aus dem Lager der Union zum Friedensmanifest, wo 39 Prozent zustimmen. Und selbst bei der Strack-Zimmermann-FDP sind es noch 37 Prozent, die heute um 14 Uhr jedenfalls von der inneren Haltung her, in Berlin mit dabei sein werden.

## 6.12. 26.02.2023: Weibliche Befragte ... ([www.tabularasamagazin.de](http://www.tabularasamagazin.de))

### **Weibliche Befragte begrüßen relativ-mehrheitlich das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer**

ukraine frieden krieg flagge freiheit, Quelle: Engin\_Akyurt, Pixabay License Freie kommerzielle Nutzung Kein Bildnachweis nötig

In dieser Woche sind wir der Frage nachgegangen, welcher Partei die größte Kompetenz bei den einzelnen Themen zugeschrieben wird. Dabei kann festgestellt werden, dass der SPD jeweils relativ-mehrheitlich die größte Kompetenz in den Bereichen Arbeit (26 %) sowie Soziales (22 %) bescheinigt wird. Der Union trauen unsere Umfrageteilnehmer jeweils relativ-mehrheitlich die größte Kompetenz in den Themen Migration (21 %), Bildung (23 %), Weltpolitik (28 %), Wirtschaft (29 %) sowie Sicherheit (30 %) zu. Einzig beim Thema Umwelt wird erwartungsgemäß relativ-mehrheitlich den Grünen die größte Kompetenz attestiert (38 %). Bei den Themenfeldern politische Stimmung (21 % Union, 19 % keiner der genannten Parteien), Alterssicherung (22 % Union, 21 % SPD), Gesundheit (22 % Union, 20 % SPD, 18 % keine Partei) und Wohnen (je 19 % Union, SPD und keine Partei) kann jeweils kein klares Stimmungsbild ermittelt werden.

„Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer warnen in ihrem „Manifest für Frieden“ vor Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern zu Verhandlungen mit Russland auf.“

Bei der Frage nach der Bewertung des „Manifests für Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer kann unter unseren Umfrageteilnehmern kein eindeutiges Stimmungsbild festgestellt werden: Während 39 Prozent der Befragten dieses Manifest (eher) befürworten, lehnen es 38 Prozent (eher) ab. Neun Prozent ist dieses Manifest egal, elf Prozent können und drei Prozent wollen hierzu keine Einschätzung abgeben.

### **Weibliche Befragte begrüßen relativ-mehrheitlich das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer**

Weibliche Befragte begrüßen relativ-mehrheitlich das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer (45 %), wohingegen Männer relativ-mehrheitlich gegenteiliger Ansicht sind (47 %). Zudem wissen Frauen hier öfter als Männer keine Antwort und letzteren ist dieses Anliegen etwas häufiger egal (11 zu 8 %).

Umfrageteilnehmer zwischen 30 und 59 Jahren befürworten das „Manifest für Frieden“ jeweils relativ-mehrheitlich (42 – 44 %), wohingegen ab 60-Jährige dieses hingegen jeweils relativ-mehrheitlich ablehnen (43 bzw. 49 %). Die jüngste Befragtengruppe (18 bis 29 Jahre) ist sich in dieser Hinsicht uneins (35 % befürworten, 33 % lehnen ab). Zudem sinkt mit steigendem Lebensalter der Anteil an Befragten, deren dieses Anliegen gleichgültig ist (von 18 auf 5 %).

Umfrageteilnehmer, die im Westen Deutschlands leben, sind in ihrer Bewertung des „Manifests für Frieden“ gespalten: 39 Prozent sind diesbezüglich negativ und 37 Prozent positiv eingestellt. Befragte aus dem Osten finden dieses hingegen relativ-mehrheitlich (eher) gut (48 %).

Von den Befragten, die sich in der politischen Mitte und rechts davon positionieren, wird das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer jeweils relativ-mehrheitlich (eher) begrüßt (41 bzw. 48 %), wohingegen Umfrageteilnehmer links der Mitte dieses relativ-mehrheitlich (eher) ablehnen (46 %).

Wähler der AfD sowie der Linke (je 67 %) befürworten das „Manifest für Frieden“ jeweils absolut-mehrheitlich, während Wähler der SPD (47 %) dieses relativ-mehrheitlich und Wähler der Grünen (62 %) sogar absolut-mehrheitlich ablehnen. Bei Wählern der Union (41 % lehnen ab, 39 % befürworten) sowie der FDP (39 % lehnen ab, 37 % befürworten) kann hinsichtlich der Bewertung dieses Manifestes kein klares Stimmungsbild ermittelt werden.

### **6.13. 27.02.2023: Großteil der Bürger unterstützt ... ([www.freiewelt.net.de](http://www.freiewelt.net.de))**

**Die Ampel-Regierung sollte sich endlich der Forderung nach mehr Friedens-Diplomatie stellen**

#### **Großteil der Bürger unterstützt und sympathisiert mit der Friedensbewegung**

Das Meinungsforschungsinstitut INSA hat die Bürger befragt, was sie vom »Manifest für den Frieden« und der Friedensdemonstration halten. Demnach ist die Mehrheit der Menschen, die über die Aktion informiert sind und dazu eine Meinung haben, positiv gegenüber der Friedensbewegung und ihren Forderungen (Verhandlungen statt Waffen) eingestellt.

Das Meinungsforschungsinstitut INSA hat die Bürger befragt, was sie vom »Manifest für den Frieden« und der Friedensdemonstration halten.

Demnach ist die Mehrheit der Menschen, die über die Aktion informiert sind und dazu eine Meinung haben, positiv gegenüber der Friedensbewegung und ihren Forderungen (Verhandlungen statt Waffen) eingestellt. Von den Befragten befürworteten 39 Prozent die Bewegung [[siehe Bericht »Emma«](#)]. 38 Prozent sind dagegen. Der Rest hat dazu keine Meinung: 9 Prozent ist es egal, 11 Prozent wissen nicht, wie sie dazu stehen sollen, und 3 Prozent machten keine Angabe.

Das ist angesichts der ununterbrochenen Propaganda der Mainstream-Medien ein deutliches Zeichen, dass sich ein großer Teil der Bürger nicht vor den Karren der Kriegsstimmung spannen lassen will.

## 6.14. INSA Meinungstrend - Flyer



# INSA • Meinungstrend

Jede Woche – von Freitag bis Montag – erhebt die INSA-CONSULERE GmbH in einer bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsbefragung den INSA-Meinungstrend.

Nutzen auch Sie die Möglichkeit, Fragen, die Sie interessieren, bei uns anzuhängen.

INSA-CONSULERE GmbH  
Kateryna Tkalia  
Arndtstraße 1,  
99096 Erfurt  
Telefon: (0361) 38 03 95 75  
Mail: tkalia@insa-consulere.de

**Folgende Leistungen sind pauschal enthalten:**

- ✓ Unterstützung bei der Fragebogenentwicklung
- ✓ Programmierung Ihrer Fragen
- ✓ Bundesweite Online-Befragung von 2.000 Personen
- ✓ Stützung der Online-Umfragen auf permanenter Telefon-Befragung INSA Perpetua Demoscopia
- ✓ Lieferung eines vollständigen Tabellenbandes sowie kommentierter Grafiken zu wichtigsten Ergebnissen
- ✓ Sämtliche inhaltlichen Fragen gehören exklusiv Ihnen



**So funktioniert's:**

- Sie nennen uns bis Donnerstagmorgen die Themen bzw. Fragen, die Sie gerne abfragen würden.
- Bis Donnerstag 14 Uhr stimmen wir mit Ihnen die Fragen final ab.
- Die Befragung findet von Freitag bis Montag statt.
- Am Montagnachmittag und am Dienstagvormittag werden die Daten ausgewertet.
- Sie erhalten bis spätestens Dienstagabend Ihre exklusiven Befragungsergebnisse.

**Ihre Vorteile:**

- ✓ schnelle Informationen über die Stimmung in der Bevölkerung
- ✓ alleinige Entscheidung über Inhalt, Art und Umfang der Fragen
- ✓ maximale statistische Fehlertoleranz von +/- 3,1 %
- ✓ Differenzierung nach soziodemografischen Merkmalen
- ✓ qualitativ hochwertige Befragung zum günstigen Pauschalpreis
- ✓ exklusive Befragungsergebnisse

**Aus folgenden soziodemografischen Merkmalen können Sie u.a. wählen:**

- Geschlecht
- Alter
- Potentialanalyse (INSA-Analysis-Potentiale)
- Aktuelles Wahlverhalten (Sonntagsfrage)
- Bundesland
- Ländervergleich Ost/West
- Erwerbsstatus
- Ausmaß Erwerbstätigkeit
- Familienstatus
- Haushaltsgröße
- Haushaltsnettoeinkommen
- Kinder/Enkelkinder (unter 18 Jahren im Haushalt)
- Migrationshintergrund
- Mitgliedschaft in Sozialen Netzwerken
- Politische Links-Rechts-Selbstverortung
- Politisches Interesse
- Religionszugehörigkeit
- Schulabschluss
- Sozioökonomischer Status (Selbsteinschätzung)
- Tiere im Haushalt
- Wahlverhalten letzte Wahl
- Wohnform
- Wohnortsgröße/Stadt/Land

Preis*	Frage-/Antworttypus**	Beispiel												
500 €	Geschlossene Frage mit Einfachantwort mit 2 Antwortoptionen	<b>Nehmen Sie gern an Umfragen teil?</b> <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein												
1.000 €	Geschlossene Frage mit Einfachantwort ab 3 Antwortoptionen	<b>Wie gut oder schlecht finden Sie persönlich Umfragen?</b> <input type="radio"/> sehr gut <input type="radio"/> eher gut <input type="radio"/> eher schlecht <input type="radio"/> sehr schlecht												
1.000 €	Geschlossene Frage mit Mehrfachantwort	<b>Bei welchen der folgenden Themen nehmen Sie gern an Umfragen teil?</b> <input type="radio"/> Einkaufsverhalten <input type="radio"/> Freizeit <input type="radio"/> Gesundheit <input type="radio"/> Politik												
ab 1.000 €	<b>Matrixfrage</b> mit variablen Antwortoptionen (z.B. wahrscheinlich, unwahrscheinlich) und 2 – 5 Items (z.B. Einkaufen, Freizeit, Politik), jedes zusätzliche Item 50 €	<b>Ist es wahrscheinlich oder unwahrscheinlich, dass Sie bei den folgenden Themen an einer Umfrage teilnehmen?</b> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>wahrscheinlich</th> <th>unwahrscheinlich</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Einkaufen</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Freizeit</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> <tr> <td>Politik</td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> <td style="text-align: center;"><input type="radio"/></td> </tr> </tbody> </table>		wahrscheinlich	unwahrscheinlich	Einkaufen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Freizeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Politik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	wahrscheinlich	unwahrscheinlich												
Einkaufen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>												
Freizeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>												
Politik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>												
1.500 €	<b>Offene Frage</b> inkl. Codierung der gegebenen Antworten	<b>Warum nehmen Sie gerne an Umfragen teil?</b> Antwort: <input style="width: 100px;" type="text"/>												

\* Alle Preise verstehen sich zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

\*\* Standardantwortoptionen wie "weiß nicht", "keine Angabe" und „ist mit egal“ zählen nicht in die Anzahl der Antwortoptionen.